Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 zl, monatl. 4,80 zl. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 zl. Bei Postbezug vierteljährl. 16,16 zl, monatl. 5,39 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl, Danzig 3 G., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr, Dienstags- und Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die einspaltige Reklamezeile 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfennig, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postscheckkonten: Posen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 236. **Bromberg, Freitag den 14. Oktober 1932.** **56. Jahrg.**

Der Reichskanzler über die Verfassungsreform.

Papens große Rede in München.

In einer außerordentlichen Versammlung des bayerischen Industriellenverbandes hielt Reichskanzler von Papen am Mittwoch eine große politische Rede, in der er die Pläne für eine Verfassungsänderung auseinandersetzte.

v. Papen erklärte zunächst, daß er der Einladung der bayerischen Industriellen um so lieber gefolgt wäre, als ihm daran lag, zu beweisen, wie fest er von der Notwendigkeit gleicher Mitwirkung aller deutschen Stämme an der Gestaltung des deutschen Gesamtgeschehens durchdrungen sei — er, wie das Reichskabinett, das fast zur Hälfte aus Süddeutschen bestehe. Die Hoheit des einigen Reiches sei vor allem wieder herzustellen:

Volle Souveränität, Freiheit und Gleichberechtigung

für ein großes Kulturvolk, gerade weil es den Frieden wolle. Das Abrüstungsproblem — was bedeute es für die Wirtschaft? Nun, wer werde Kapital anlegen in einem Lande, das dem Zugriff der Nachbarn schutzlos preisgegeben ist? Sodann ging v. Papen auf das **Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung über, dessen Leitsatz** sei, „Vertrauen zu schaffen, eine Auflockerung des Mißtrauens und des jede Unternehmungslust tötenden Pessimismus zu erreichen."

Anfangserfolge hätten sich in einem hoffnungsvoll stimmenden Ausmaße bereits eingestellt. Diesmal im September 123 000 Arbeitslose weniger, im Vorjahre 140 000 mehr. Schon jetzt wäre die wirtschaftliche Risikofreudigkeit wieder belebt.

Und erst durch die Ausgabe der Steuergutscheine, die keineswegs nur Großbetrieben behändigt würden, ließen sich die durch das Wirtschaftsprogramm geschaffenen großen Möglichkeiten voll ausnutzen. Die Tatsachen über die Gestaltung des Arbeitsmarktes sprächen ausreichend und deutlich überzeugend gegen die Behauptung Hitlers, das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung könne bereits jetzt als erledigt gelten.

Zur **Handelspolitik**, die von Industrie und Handel am kräftigsten kritisiert worden wäre, stellte der Reichskanzler erneut die Ablehnung einer grundsätzlichen Autarkie fest. Jede Arbeitsgelegenheit des Auslandsmarktes müsse Deutschland ausnützen. Das dürfe aber nicht hindern, Notstandsmaßnahmen zur Erhaltung der Lebensfähigkeit der Landwirtschaft zu treffen. Wir wollten keinen Wirtschaftskrieg, müßten aber erwarten, daß man sich vor allem im Auslande der Notlage unserer Bauern nicht verschließe.

v. Papen wandte sich dann gegen die Kritik am sozialpolitischen Teil des Programms. Es handele sich nicht um „Milliardengeschenke an die Unternehmer", sondern um das Ziel, möglichst vielen Millionen von Arbeitslosen wieder Arbeitsmöglichkeit und ausreichende Existenzmöglichkeiten zu verschaffen.

Die Ermächtigung an die Reichsregierung solle die sozialen Einrichtungen leistungsfähiger machen durch Vereinfachung der Verwaltung. Daraus werde die Reichsregierung — vielleicht schon binnen kurzem — die erforderlichen Folgerungen zugunsten der Leistungsempfänger ziehen. Für den Winter hoffe sie, die Arbeitslosenunterstützungen erhöhen zu können. Über das hier mögliche Maß werde zur Zeit beraten.

Der Reichskanzler führte dann weiter aus, welche ungeheuren Leistungen der Einzelne und das Volk noch in der letzten Zeit vollbracht hätten. Die durch die Reparationszahlungen ausgeblutete Wirtschaft hätte den plötzlichen Abzug von mehr als 5 Milliarden ausländischen Leihkapitals, hätte die Banken- und Kreditkrise des vergangenen Jahres überstanden. Dies und die unermüdliche Arbeitsamkeit des deutschen Volkes berechtigten zu Vertrauen.

Der Reichskanzler skizzierte dann die Pläne zum Verfassungsumbau, wobei er betonte, daß sie in engem Einvernehmen mit den Ländern durchgeführt werden sollten. Es handle sich darum, die geschichtlich gewordenen deutschen Staatsgebilde nicht zu vergewaltigen, insbesondere Preußen weder mittelbar noch unmittelbar zu zerschlagen, dagegen den Dualismus zwischen ihm und dem Reich zu beseitigen. Der Verfassungsentwurf werde dem neuen Reichstag bei seinem Zusammentritt vorliegen, möge der Reichstag dann beweisen, daß er der großen Aufgabe gewachsen sei.

Zur Verfassungsreform

sagte der Reichskanzler im einzelnen:

„Wir wollen eine machtvolle und überparteiliche Staatsgewalt schaffen, die nicht als Spielball von den politischen und gesellschaftlichen Kräften hin und her getrieben wird, sondern über ihnen unerschütterlich steht, ein rocher de bronce. Die Reform muß dafür sorgen, daß eine solche machtvolle und autoritäre Regierung in die richtige Verbindung mit dem Volke gebracht wird. An den großen Grundgesetzen, die der Teil II der Weimarer Verfassung enthält, soll man nicht rütteln, aber die Formen des politischen Lebens gilt es zu erneuern und den Bedürfnissen des Landes anzupassen. Die Reichsregierung muß unabhängiger von den Parteien gestellt werden, ihr Bestand darf nicht Zufallsmehrheiten ausgeliefert sein. **Das Verhältnis zwischen Regierung und Volksvertretung muß so geregelt werden, daß die Regierung und nicht das Parlament die Staatsgewalt handhabt.** Als Gegengewicht gegen einseitige, von Parteiinteressen herbeigeführte Beschlüsse des Reichstags bedarf Deutschland einer besonderen Ersten Kammer mit fest abgegrenzten Rechten und starker Beteiligung an der Gesetzgebung."

Nach einer kurzen Umreißung der verfassungsrechtlichen Stellung des Reichspräsidenten und huldigenden Worten für Hindenburg ging Papen dann auf seinen Wunsch nach der „Synthese aller wahrhaft nationalen Kräfte" ein. Es hätte gegolten, die große und verdienstvolle Bewegung des Nationalsozialismus in die verantwortungsvolle Mitarbeit des Reiches einzugliedern; aber der Ruf hätte keinen Widerhall gefunden. Es wäre eine historische Fälschung, wenn behauptet würde, er, Papen, hätte den Nationalsozialismus von der Ergreifung der Verantwortung ferngehalten. Das Angebot des 13. August mit einem Anteil an der Macht im Reich und in Preußen, der der NSDAP entscheidenden Einfluß gesichert hätte, habe Herr Hitler nicht angenommen, weil er auf Grund seiner 230 Reichstagsmandate den Kanzlerposten beanspruchen zu müssen glaubte. Er habe diesen Anspruch erhoben aus dem Prinzip der „Ausschließlichkeit" heraus, dem seine Partei huldige. Hätte das Belassen einiger nicht der Bewegung angehörenden Männer in der Regierung an dem Anspruch auf ausschließliche Führung irgend etwas geändert? Diesen Anspruch hätte der Reichspräsident abgelehnt. Nicht etwa aus persönlicher Abneigung gegenüber dem Führer der Bewegung — turmhoch stehe der Reichspräsident über solchen Erwägungen —, sondern aus prinzipiellen Beweggründen.

Das Wesenhafte jeder konservativen Weltanschauung sei ihre Verankerung in der göttlichen Ordnung der Dinge. Das sei ein grundsätzlicher unüberbrückbarer Unterschied zu dem Grundsatz der Ausschließlichkeit der NSDAP, des politischen „Alles oder Nichts", ihrem mythischen Messiasglauben an den wortgewaltigen Führer als den einzigen zur Leitung der Geschicke Berufenen. „Wenn jemals eine nationale Bewegung eine nationale Pflicht gehabt hat", sagte Papen wörtlich, „dann ist es die, dem Reiche bei seinem Kampf um die Herstellung der Souveränität und die Ehre der Nation nicht in den Rücken zu fallen. Wer sich in diesem Kampfe nicht eindeutig hinter die Regierung stellt, ist ein Feind des deutschen Volkes.

Das Ziel der Vereinigung aller wahrhaft nationalen Kräfte bleibt unverrückt bestehen — ich verkünde es laut und offen an dieser Stelle —, muß bestehen bleiben, um Deutschlands willen, auch wenn die Wege heute auseinanderführen.

„Nichts kann das Vertrauen in den Aufstieg der Nation mehr hindern, als die Unstabilität der politischen Verhältnisse, als Regierungen, die nur Treibholz sind auf den Wellen der Parteien und abhängig von jeder Strömung. Diese Art der Staatsführung der Parteiarithmetik ist im Urteil des Volkes erledigt.

Die Reichsregierung ist entschlossen, den ihr vom Herrn Reichspräsidenten erteilten Auftrag der Neuordnung unseres Staats- und Wirtschaftslebens bis zum Erfolg durchzuführen. Sie hat dazu den Willen und die Macht, und ich zweifle nicht, daß der Erfolg ihr das heute schon fühlbare Vertrauen der breiten Massen des Volkes vollends gewinnen wird. Das Volk — Reich und Länder —, sie müssen das neue Deutschland bauen. So möge von den Alpen bis zur Memel der unsichtbare Kraftstrom des sacrum imperium, der unzerstörbaren Idee des heiligen Deutschen Reiches durch die Länder eilen. Mit Hindenburg für ein neues besseres Deutschland!"

Die Rede des Reichskanzlers machte auf die Anwesenden einen tiefen Eindruck. Der Beifall, der schon früh einsetzte, steigerte sich so, daß Papen am Schluß seiner Rede nach jedem Satz lange Pausen machen mußte, ehe er weiter sprechen konnte. Als er geendet hatte, schwollen die Beifallskundgebungen zum minutenlang dauernden Sturm an.

Beschlagnahmt!

Die gestrige Ausgabe der „Deutschen Rundschau" wurde auf Anordnung der hiesigen Burgstarostei wegen eines Artikels beschlagnahmt, der sich mit den deutschen Schulverhältnissen in Wolhynien beschäftigt. Wir bitten unsere Leser, die nicht in den Besitz dieses Blattes gelangt sind, das Ausbleiben zu entschuldigen.

Verschiedene andere deutsche Blätter in Polen, die denselben Artikel gebracht haben, verfielen nicht der Beschlagnahme.

Der Danziger Volkstag bleibt.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 12. Oktober 1932.

Auf der heutigen Tagesordnung stand der gemeinsame nationalsozialistisch-kommunistische Antrag auf Auflösung des Volkstages. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Präsident des Volkstages v. Wnuk eine Erklärung ab, daß er auf Grund der Entscheidung des Staatsgerichtshofes vom 2. 2. 32 die Pflicht gehabt habe, den Volkstag einzuberufen. Er habe auch in der vorigen Sitzung schon die nachträgliche Genehmigung des Hauses einholen wollen, sei aber durch die Geschäftsordnungsdebatte daran gehindert worden. Infolgedessen wolle er heute das Haus um die nachträgliche Genehmigung bitten. Bei der Abstimmung ergab sich, daß nur seine, die nationalsozialistische Fraktion, auf deren Antrag er die in Frage stehende Sitzung zum 30. September einberufen hatte, und die Kommunisten das Vorgehen billigten. Das war eine

unzweideutige Mißbilligung für den Volkstagspräsidenten.

Als dann der Abg. Dr. Strunk namens der Regierungsparteien das Wort zu der Angelegenheit erbat, verweigerte es ihm Präsident v. Wnuk auf Grund des § 51 der Geschäftsordnung, nach dem er eine solche Erörterung über seine Geschäftsordnung nicht zuzulassen brauche. (Große Heiterkeit im ganzen Hause. Abg. Senftleben (Deutschnat.): Das spricht für sich selbst.) Die Regierungsparteien beschlossen darauf, die Erklärung des Abg. Dr. Strunk der Presse zur Veröffentlichung zu übergeben. Diese führt des näheren aus, warum nach Meinung der Regierungsparteien das Vorgehen des Präsidenten v. Wnuk zu mißbilligen war. Sie läuft auf folgende Feststellungen hinaus:

Der Präsident kannte den Wunsch des Volkstages, daß er Zeit und Inhalt der nächsten Sitzung im Einvernehmen mit dem Ältestenausschuß feststellen sollte. Der Präsident hat gegen diesen Beschluß verstoßen.

Wörtlich heißt es dann:

„Wir stellen hiermit mißbilligend fest, daß der Präsident des Volkstages sich sowohl über die Bestimmung der Geschäftsordnung als auch über einen soeben gefaßten Beschluß des Volkstages hinweggesetzt hat. Es wird dadurch der peinliche Eindruck erweckt, daß der Präsident sich den Wünschen seiner Partei in einer Weise willfährig gezeigt hat, die mit einer unparteiischen Leitung der Geschäfte nicht zu vereinbaren ist."

Präsident v. Wnuk schützt die Presse.

Präsident v. Wnuk gab dann eine Erklärung ab zu dem Zusammenstoß seines Fraktionskollegen Greiser mit der Presse nach Schluß der vorigen Sitzung. Er stellte fest, daß die Pressevertreter nicht wie Tribünenbesucher als Gäste zu betrachten seien, sondern in Ausübung ihres Presseberufs anwesend seien. Sie hätten sich allerdings auch in dieser Eigenschaft jeder Kritik der Vorgänge im Hause auf der Tribüne zu enthalten. Unter dieser Voraussetzung werde er die Pressevertreter gegen jede Beleidigung in Schutz nehmen. Er erwarte von den Abgeordneten, daß sie sich demgemäß verhielten. Wenn sich aber die Pressevertreter im Hause offene Kritik erlaubten, würde er ihnen sofort die Pressekarten entziehen.

Zum Antrag auf Auflösung des Volkstages.

gab darauf der Vizepräsident des Senats Dr. Wiercinsky-Keiser im Auftrage der Regierung eine Erklärung ab, in der er sich gegen die Auflösung des Volkstages wandte.

Eingehend begründeten Abg. Greiser für die Nationalsozialisten und Abg. Plenikowski für die Kommunisten den Auflösungsantrag, wobei sie die Regierung und die Regierungsparteien sowie die Sozialdemokratie heftig angriffen.

Für die Regierungsparteien sprachen Abg. Weiß für das Zentrum, Abg. Dr. Unger für den Block der nationalen Sammlung und Abg. Müller für die Deutschnationalen. Sie alle lehnten aus außenpolitischen und staatspolitischen Gründen eine Auflösung des Volkstages in diesem Zeitpunkt und die Ausschreibung von Neuwahlen entschieden ab.

In der Schlüsselstellung für das Schicksal des Antrags waren die Sozialdemokraten und ihrer Erklärung wurde mit großer Spannung entgegengesehen. Der Abg. Brill erklärte, die Sozialdemokratie lehne es ab, sich von den Nationalsozialisten den Zeitpunkt für Neuwahlen vorschreiben zu lassen. Zur Ziehm-Regierung werde seine Partei nach wie vor in Opposition stehen. Aber deswegen kann sie doch nicht die Hand zur Auflösung des Volkstages bieten. Schwebten doch zur Zeit mit Polen

nicht weniger als 10 Streitfragen,

die von lebenswichtiger Bedeutung für die Danziger Wirtschaft seien. Danzig könne nicht länger auf Entscheidungen warten, sollten nicht weitere Tausende von Arbeitern brotlos werden. Die Partei, die sich rühme, die nationalste zu sein, scheue sich nicht, ihr Auflösungsverlangen zu einem Zeitpunkt zur Entscheidung zu stellen, in dem ihr Vorgehen auf eine offene Schädigung wichtigster Lebensinteressen Danzigs und seiner Bevölkerung hinauslaufe.

Nachdem dann noch die Antragsteller das Wort genommen hatten, wurde zur

namentlichen Abstimmung

geschritten. An ihr beteiligten sich 63 Abgeordnete, von denen für den Auflösungsantrag nur 15, dagegen aber 46 stimmten.

Die Nationalsozialisten des Danziger Volkstages waren bei der Abstimmung über ihren eigenen Antrag nicht einmal vollständig vertreten. Nur aus den nationalsozialistischen und kommunistischen Stimmen setzten sich die 15 Jastimmen zusammen, während die beiden Polen sich vermutlich der Stimme enthielten. Mit den Regierungsparteien stimmten die Sozialdemokraten gegen den Auflösungsantrag.

Die Verhandlung dauerte über 4 Stunden. Der Volkstag wird also vorläufig nicht aufgelöst.

Amerika nicht gegen Deutschland.

Erklärung des Senators Reed.

Washington, 11. Oktober. Senator Reed (Pennsylvania), der soeben von seinen längeren, im Auftrage des Präsidenten Hoover geführten Konferenzen in den Außenministerien Frankreichs und Englands hierher zurückgekehrt ist, erstattete gestern dem Präsidenten Bericht. Im Anschluß an die Besprechung bei Hoover erklärte er, er sei nicht gerade optimistisch bezüglich greifbarer Ergebnisse in der Abrüstungsfrage für die nahe Zukunft. Er habe hauptsächlich über die Mandschureifrage mit Paris und London diskutiert, ohne jedoch irgendeine gemeinsame Front oder irgendwelche Verabredungen einzuleiten. Er habe lediglich feststellen wollen, wie diese Regierungen über die Lage im Fernen Osten denken, und er sei davon überzeugt, daß weder London noch Paris beabsichtigen, den neuen Staat anzuerkennen.

Scharf dementierte Senator Reed das Gerücht über das Einrücken Amerikas in die Front gegen die deutschen Rüstungswünsche; dies sei eine rein europäische Frage.

Zwar sei die wirtschaftliche Lage Europas nicht ermutigend; aber die Alliierten könnten es sich seiner Ansicht nach eher leisten, ihre Amerikaschulden zu zahlen als Amerika es sich leisten könne, darauf zu verzichten.

Vor der Unterredung Herriots und Macdonalds.

Amerika winkt ab.

London, 13. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ betont, daß die Unterredung zwischen Macdonald und Herriot nicht über eine Erkundung und Klarstellung der Lage hinausgehen werde. Bei der Erörterung der Frage, wie man Deutschland wieder an den Tisch der Abrüstungskonferenz zurückbringen könne, werde Macdonald die englische Ansicht darüber wiedergeben, bis zu welchem Ausmaß die deutschen Gleichberechtigungsansprüche zufriedengestellt werden könnten. Der neue französische Abrüstungsplan sei so umfangreich und so verwickelt, daß er eine genaue Untersuchung seitens der Sachverständigen notwendig mache. Außerdem müßten die Regierungen der Dominien gefragt werden. Zu der Frage des neuen Konsultativpaktes sei in Erfahrung gebracht worden, daß die Amerikaner sich nicht die Hände vor dem Eintritt eines Notfalles binden wollten. Noch weniger seien sie bereit, schon im voraus die Vorteile und Vorrechte eines Neutralen aufzugeben.

Die Besprechung zwischen Macdonald und Herriot könne vielleicht Klarheit darüber bringen, ob bald eine Konferenz der Locarno-Mächte in Genf oder einem Platze in der Nähe von Genf zusammenberufen werden könne. Herriot habe bei seiner Ankunft in London gesagt, daß er auf eine baldige Wiederaufnahme der Abrüstungs-Besprechungen besonderen Wert lege. Er und Macdonald hofften Mittel und Wege zu finden, um die Deutschen wieder an den Konferenztisch zu bringen.

Phantastische Gerüchte um den ehemaligen Kronprinzen.

Berlin, 12. Oktober. (PAT.) Im Zusammenhange mit der lebhaften Tätigkeit, die in der letzten Zeit der ehemalige Kronprinz entwickelt, veröffentlicht der „Vorwärts“ sensationelle „Enthüllungen“. Danach soll der ehemalige Kronprinz wiederholt Zusammenkünfte mit verschiedenen Persönlichkeiten aus der politischen Welt gehabt und folgende Erklärung abgegeben haben:

„Papen, Schleicher, Hindenburg und er, der Exkronprinz, wüßten, was sie wollten und seien sich einig. In einem geeignet erscheinenden Zeitpunkt würde Hindenburg ihn zum Reichsverweser bestimmen und zurücktreten. Er werde sich dann auf die Reichswehr, die auf das Reich übergegangene Schutzpolizei und 400 000 bewaffnete Stahlhelmer stützen. Einen neuen 9. November werde es nicht wieder geben. Die Träger dieses Planes seien entschlossen, für ihre Sache zu kämpfen und, wenn es sein müßte, zu sterben. Rupprecht von Wittelsbach sei mit ihnen einverstanden und werde an demselben Tage, an dem er, der Exkronprinz, Reichsverweser werde, an die Spitze eines Donaukönigreichs treten.“

Der „Vorwärts“ will den Nachweis liefern, daß der ehemalige Kronprinz tatsächlich diese Erklärung abgegeben habe. Da nach Ansicht dieses Blattes der Plan des Kronprinzen alle Merkmale eines Staatsstreiches enthalte, richtet der „Vorwärts“ an Papen, Schleicher und Gayl die Anfrage, ob sie hieraus die entsprechenden Folgerungen ziehen wollten, und ob in dieser Angelegenheit der Reichsanwalt nicht das Wort ergreifen werde.

Gestern abend erschien dazu, wie nicht anders zu erwarten war, ein offizielles Dementi, in welchem die Meldung des „Vorwärts“ als ein Phantasie-Produkt bezeichnet wird.

Neue Konferenz der ehemaligen Ministerpräsidenten.

Ein Warschauer Sanierungsblatt bringt die Meldung, daß im Zusammenhange mit dem bereits fertiggestellten Staatshaushalts-Voranschlag, der dem Sejm zur Bestätigung vorgelegt werden soll, eine weitere Konferenz der ehemaligen Ministerpräsidenten der Nach-Mai-Regierungen stattfinden wird. Der Voranschlag für das Wirtschaftsjahr 1933/34 wird den Ministerrat schon in den nächsten Tagen beschäftigen. Am Dienstag hatte der Finanz-Vizeminister Starzyński im Sejmgebäude Konferenzen mit den Vertretern des Sanierungsklubs. Nach diesen Beratungen wurde das Gerücht verbreitet, daß der Staatshaushaltvoranschlag auf der Einnahmeseite einen Betrag aufweisen werde, der 2 Milliarden Złoty nicht übersteigt. Die Sejmmehrheit werde die Aufgabe haben, die Quellen zur Deckung des Defizits ausfindig zu machen.

Im Zusammenhange damit wird angenommen, daß die Budget-Diskussion in diesem Jahre sehr lebhaft sein werde. Man sprach auch von einer erneuten Herabsetzung der Beamtengehälter, doch von Regierungskreisen wird dieses Gerücht dementiert.

Beschränkung der Autonomie der Hochschulen?

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Seinerzeit hat der Unterrichtsminister Jędrzejewicz in einer Sitzung des Senats die Absicht der Regierung angekündigt, ein neues, die Organisation der Hochschulen änderndes Gesetz einzuführen. Diese Ankündigung, welche dahin verstanden wurde, daß in den maßgebenden Regierungskreisen eine Beschränkung der Autonomie der Hochschulen geplant werde, verursachte eine starke Beunruhigung vor allem in den interessierten Kreisen der Hochschullehrer, die in ihrer Mehrzahl zu einer energischen Protestaktion geneigt zu sein schienen. Nachdem besonders von der Krakauer Universität der Antrieb zur Verteidigung der Autonomie der Hochschulen ausgegangen war, wurde die Angelegenheit von der Presse aufgegriffen und es entwickelte sich im Anschluß an die Frage der Hochschulautonomie eine lebhafte Polemik, in welcher verschiedene Probleme des Hochschulwesens aufgerollt wurden. Obzwar durchwegs politische Motive den Meinungsstreit beherrschten, dergestalt, daß die in Opposition zur Regierung stehenden Fachleute gegen das „Attentat“ auf die Autonomie der Hochschulen zu Felde zogen, während die Anhänger der Regierung die Notwendigkeit einer „Modernisierung“ veralteter Einrichtuggen im Hochschulwesen darzutun suchten, so konnte der politisch Uninteressierte aus dieser Polemik auf Grund der für und wider angeführten Argumente den Eindruck gewinnen, daß in der Organisation des Hochschulwesens manche ehrwürdigen Traditionen mit den dringenden Erfordernissen der Zeitverhältnisse im Widerstreite und abänderungsbedürftig wären, ohne Rücksicht darauf, welche politische Richtung aus einer Reform des Hochschulwesens momentan Nutzen ziehen würde.

Die Polemik erwies übrigens, daß die Hochschullehrer keineswegs eine einheitliche Front zur Verteidigung ihrer Autonomieprivilegien bildeten, daß vielmehr eine beträchtliche Anzahl von Professoren die Einflußnahme der Staatsbehörde auf die Hochschulen gesteigert sehen möchten, während andere sich in dieser Frage überhaupt neutral verhalten, von der Meinung ausgehend, daß die Interessen der vorurteilslosen Wissenschaft und des Lehrbetriebs durch den Fortbestand der Autonomie keineswegs sicher gestellt seien, da eine reaktionäre oder sonst nicht zulängliche Mehrheit des akademischen Senats diese Interessen nicht minder gefährden könne, als z. B. der Machtspruch eines seiner Aufgabe nicht gewachsenen und übel beeinflußten Unterrichtsministers.

Es sind auch übrigens nicht gerade diejenigen Professoren und Dozenten, denen man reaktionäre Gesinnung vorwerfen oder an denen man hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Kapazität (im Vergleich zu ihren Kollegen) etwas auszusetzen hätte, welche eine Neugestaltung des Hochschulwesens in dem von der Regierung gewünschten Sinne befürworten. Diese Professoren und Dozenten haben sich sogar als eine besondere Gruppe, die sich „Zrąb“ nennt, organisiert und geben unter demselben Namen eine Vierteljahrsschrift heraus. Diese Gruppe steht in einem nahen Kontakte zum Unterrichtsministerium, und dürfte auf die von der Regierung geplante Reorganisation des Hochschulwesens einigen Einfluß haben.

Wie die halbamtliche Agentur: „Iskra“ mitteilt, fand am verflossenen Sonntag im Sitze dieser Gruppe in Warschau eine Sitzung der ständigen Delegation der Tagungen der im Regierungslager stehenden Professoren und Dozenten statt. Gegenstand der Beratung bildete die Reform der Verfassung der akademischen Schulen. An der Diskussion beteiligte sich der Unterrichtsminister Jędrzejewicz, welcher den Mitgliedern der Delegation Informationen in den erörterten Fragen erteilte. Die Delegation drückte dem Minister ihre Anerkennung für seinen Entschluß aus, die Reform der Verfassung der akademischen Schulen durchzuführen.

Einige Einzelheiten der vom Minister projektierten Reform sind bereits zur Kenntnis der Presse gelangt. Laut dem vorbereiteten Projekt **soll der vom Senat gewählte Rektor von dem Präsidenten der Republik bestätigt werden, während die Wahl der Dekane der Bestätigung durch den Unterrichtsminister bedarf.** Bisher unterlag die Wahl des Rektors und der Dekane nicht der Bestätigung.

Die Disziplinarangelegenheiten, sowohl betreffend die Hörer, als auch die Professoren, werden der Kompetenz des Rektors und des Senats entzogen werden.

Die Jurisdiktion im Bereich der Hochschulen wird **ein eigens dazu ernannter Beamter** ausüben.

In grundlegender Weise wird auch das Verfahren bei **der Berufung von Professoren** geändert. Bisher haben die Fakultäten Kandidaten für die entsprechenden Lehrstühle vorgeschlagen, worauf die Bestätigung durch den Senat erfolgte. **Künftig wird jede Hochschule einige Kandidaten dem Unterrichtsminister zur Wahl und zur Bestätigung vorschlagen.** Der Minister **trifft** nach freiem Befinden **seine Wahl** unter den vorgeschlagenen Kandidaten, kann sie aber auch alle unberücksichtigt lassen **und nach eigenem Ermessen einen von der Hochschule nicht vorgeschlagenen Gelehrten ernennen. Der Generalsekretär** der Hochschule wird einen erweiterten Wirkungskreis hinsichtlich der wirtschaftlichen Angelegenheiten haben. Er wird nicht vom Senat, sondern vom Minister ernannt werden.

Die Nachricht von dem bereits im Grundriß vorliegenden Projekt, dessen Hauptbestimmungen einige seit Jahrhunderten bestehende Rechte der Hochschulen abschaffen, hat sich rasch über alle Hochschulen verbreitet und die Geister des Widerstandes wieder mächtig wachgerüttelt. Gegen die Beschränkung der Autonomie der Hochschulen hat in diesen Tagen bei der Inauguration des akademischen Jahres der Rektor der Lemberger Universität der Theologieprofessor Jesuitenpater Gerstmann feierlich Stellung genommen. U. a. gab Rektor Pater Gerstmann der Befürchtung Ausdruck, daß die Beschränkung der Hochschulakademie „die freie Entwicklung der Wissenschaft hemmen“ ... den Professoren es unmöglich machen würde, „die Wahrheit zu suchen“ und die Hochschulen „um ihren spezifischen wissenschaftlichen Charakter bringen würde“. Kommentar überflüssig.

Der Prinz von Wales in Hamburg.

Hamburg, 13. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der Prinz von Wales und sein Bruder Georg trafen am Mittwoch abend auf der Rückreise aus Skandinavien ein, wo sie u. a. von Vertretern des Hamburger Senats, der Flughafenverwaltung und der Lufthansa empfangen wurden. Die Prinzen und ihre Begleiter fuhren im Kraftwagen zum Hotel Atlantik. Die englischen Gäste machten später eine Rundfahrt durch die Stadt. In einem Geschäft am Neuen Wall machte der Prinz von Wales Einkäufe. Die englischen Gäste nahmen darauf bei Direktor Kiep von der Hamburg—Amerika-Linie in dessen Villa das Abendessen ein.

Republik Polen.

Der estnische Gesandte im Schloß.

Warschau, 13. Oktober. (PAT.) Gestern mittag ist der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Estlands, Karl Pusta, in einer feierlichen Audienz im Schloß empfangen worden, wo er seine Beglaubigungsschreiben überreichte. Auf der Rückfahrt legte Herr Pusta am Grabe des unbekannten Soldaten einen Kranz nieder.

24 Kommunisten auf der Anklagebank.

Grodno, 11. Oktober. (PAT.) Das hiesige Bezirksgericht beschäftigte sich gestern mit einem Prozeß gegen 24 Personen, die unter der Anklage standen, sich an einer kommunistischen Aktion beteiligt zu haben. Die Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von 1½ bis zu 6 Jahren verurteilt und der bürgerlichen Rechte für verlustig erklärt.

Weitere Verhaftungen unter Ukrainern.

Aus Lemberg wird gemeldet, daß am Dienstag eingehende Haussuchungen im ukrainischen Studentenheim vorgenommen worden sind. Man soll, der polnischen Presse zufolge, Beweismaterial dafür gefunden haben, daß die ukrainischen Studenten mit der ukrainischen Militär-Organisation einen Kontakt unterhalten hätten. Zahlreiche Personen wurden verhaftet. Die Haussuchungen dauern an.

Aus anderen Ländern.

Standgerichte in Ungarn aufgehoben.

Budapest, 11. Oktober. (PAT.) Auf dem Gebiet des Ungarischen Staates sind die Standgerichte aufgehoben worden.

Rundschau des Staatsbürgers.

Die Rechtsanwaltsordnung veröffentlicht.

Im „Dziennik Ustaw“ Nr. 86 vom 12. d. M. ist unter Pos. 733 eine Verordnung des Staatspräsidenten vom 7. Oktober d. J. erschienen, die sich mit der neuen Rechtsanwaltsordnung befaßt. Diese Verordnung ist bereits Gegenstand eingehender Besprechungen gewesen. Sie tritt am 1. November d. J. in Kraft. Ihre wesentliche Bedeutung liegt darin, daß sie den Anwälten die Selbstverwaltung beläßt, sie allerdings sehr einschränkt. Der Vertreter der Rechtsanwaltschaft in Polen ist der Oberste Rat der Rechtsanwälte, der seinen Sitz in Warschau hat, jedoch der Aufsicht des Justizministers unterliegt. Ferner ist eine Gerichtsreferendarzeit nicht mehr vorgesehen, da der Kandidat für den Rechtsanwaltsberuf eine sogenannte fünfjährige Lehrzeit nach Absolvierung der juristischen Studien an einer polnischen Universität bei einem eine Praxis ausübenden Rechtsanwalt durchmachen muß.

Im gleichen „Dziennik Ustaw“ ist eine Verordnung des Staatspräsidenten enthalten, die einige Rechtsvorschriften über eine Änderung der allgemeinen Gerichtsordnung bringt. Die Verordnung ändert u. a. die bisherige Art der Richterernennung. Der Richter wird der neuen Verordnung gemäß vom Staatspräsidenten auf Antrag des Justizministers ernannt. Der Justizminister stellt die Anträge im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten. Die Richter wurden bis dahin vom Staatspräsidenten auf Antrag des Ministerrates ernannt. Die Verordnung bringt ferner eine neue Bestimmung, wonach Gerichtsreferendare für unbestimmte Zeit in die Ämnter der allgemeinen Verwaltung delegiert werden können, um sie mit der Rechtsprechung im Bereich des Strafrechtes vertraut zu machen.

Der Briefträger kommt

in den Tagen vom 15. bis 23. Oktober zu unseren **Post-Abonnenten,** um den Abonnementsbetrag für den Monat **November** in Empfang zu nehmen. Wir bitten, von dieser bequemen Einrichtung ausgiebigen Gebrauch zu machen, denn sie verursacht keine besonderen Kosten, gewährleistet aber pünktliche Weiterlieferung der Zeitung.

> Es liegen in der menschlichen Natur wunderbare Kräfte, und eben wenn wir es am wenigsten hoffen, hat sie etwas Gutes für uns in Bereitschaft. Ich habe in meinem Leben Zeiten gehabt, wo ich mit Tränen einschlief; aber in meinen Träumen kamen nun die lieblichsten Gestalten, mich zu trösten und zu beglücken, und ich stand am andern Morgen wieder frisch und froh auf den Füßen.
>
> J. W. von Goethe.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 13. Oktober.

Wenig verändert.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Bewölkung ohne erhebliche Niederschlagsneigung an.

Gefahren der Uebergangszeit.

Es ist schon häufig darüber berichtet worden, daß besonders viele Menschen sich in den Übergangswochen zwischen Sommer und Winter und auch im Frühjahr müde und krank fühlen und besonders leicht zu Erkältungen neigen. Gerade für den Herbst, der ja jetzt eingesetzt hat, muß uns dieser Zusammenhang besonders wundern, denn man müßte doch eigentlich annehmen, daß der menschliche Körper durch die langen Monate der Sonne, die ja auch heute noch das wichtigste Heilmittel darstellt, kräftig und auch weniger anfällig wäre.

Wie kann man nun wissenschaftlich diesen scheinbaren Widerspruch erklären? Die Hauptursache ist sicherlich in dem wechselnden Luftdruck der Übergangsjahreszeit zu erblicken. Unsere Blutgefäße nämlich stellen ein überaus feinnerviges Gebilde dar, das schon auf die geringsten Erschütterungen gewaltig reagiert. Während im Winter und Sommer der Luftdruck gewöhnlich gleichbleibt, schwankt er bei der wechselnden Witterung im Herbst und im Frühjahr ganz besonders. Heiße Sonnentage wechseln mit kalten Regentagen ab, und unser Blutgefäßapparat muß sich dauernd auf diese verschiedenen Einflüsse umstellen. Der ganze Mensch wird durch diesen Kampf besonders angegriffen und leicht empfindlich. Abgesehen von der dadurch bedingten Müdigkeit treten als Folgeerscheinungen vielfach Erkältungen auf.

Trotz aller wissenschaftlicher Fortschritte können wir auch heute noch nicht sagen, woher die Erkältungen eigentlich kommen. Am wahrscheinlichsten erscheint noch die Theorie, daß durch häufigen plötzlichen Wechsel der Temperaturen und des Feuchtigkeitsgehaltes der Luft sich die Hautblutgefäße plötzlich zusammenziehen, um sich dann wieder ebenso plötzlich zu erweitern. Durch dieses Wechselspiel wird die normale Durchblutung der Schleimhäute geschädigt, und jedem äußeren Einfluß, der sonst ganz unbeachtet bleiben würde, ist mit allen seinen Schädigungen Tür und Tor geöffnet.

Diese Erwägungen haben nun nicht nur theoretisches Interesse, vielmehr sind wir durchaus in der Lage, wenigstens einige Nutzanwendungen aus ihnen zu ziehen. Vom Sommer her sind wir ja noch an die leichte Kleidung gewöhnt und wollen uns teils aus Bequemlichkeit — und heutzutage auch aus Ersparnisgründen — nicht so leicht von ihr trennen. Ein sinngemäßer Übergang zu wärmerer Kleidung wäre aber durchaus zu wünschen, weil ja durch diese einfachen Maßnahmen unsere Haut und unsere Blutgefäße in einen gewissen Zustand der Gleichmäßigkeit gebracht werden und dadurch von den oben beschriebenen Wechselwirkungen wenigstens einigermaßen verschont bleiben. Allerdings ist diese Vorsichtsmaßnahme, die so einfach klingt, gar nicht so leicht durchzuführen, da ja morgens beim Verlassen der Wohnung schon ganz andere Temperaturen und Witterungsverhältnisse herrschen können wie im Laufe des Tages.

§ **Eine Gesellschaft von zwölf Personen** hatte sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts wegen Diebstahls und Hehlerei zu verantworten. Es sind dies: der 35jährige Josef Kuźniewski, der 24jährige Marjan Henczynski, der 21jährige Felix Kozłowski, der 17jährige Marjan Borowski, der 27jährige Hermann und der 23jährige Wilhelm Wiese, der 46jährige Stanisław Borowski, der 30jährige August Hofeisen, die 31jährige Marja Kwiatkowska, die 25jährige Else Eke, die 52jährige Emilie Wiese und deren 29jährige Tochter Luise, sämtlich in Inowrocław wohnhaft. Die ersten sechs Angeklagten waren in Inowrocław in dem Porzellan- und Küchenwarengeschäft von Kazimierz Cabanski beschäftigt. Anfang dieses Jahres trat der Besitzer des Geschäfts, der Amerikaner ist, eine Reise nach Amerika an, sein Geschäft der Obhut eines Geschäftsführers überlassend. Als er nach drei Monaten von seiner Reise wieder nach Inowrocław zurückkehrte, wurde er von dem Geschäftsführer mit der „freudigen" Nachricht empfangen, daß während seiner Abwesenheit seine „tüchtigen" Angestellten hunderte von Gegenständen aus dem Geschäft geschleppt hatten. Eine sofort vorgenommene Inventuraufnahme ergab, daß nicht weniger als für 17000 Złoty Waren fehlten. Der Besitzer machte der Polizei sofort von den Diebstählen Anzeige. Im Laufe der Untersuchung gestanden die oben angegebenen sechs Angeklagten, daß sie die Gegenstände systematisch aus dem Geschäft geschafft hatten und an die Mitangeklagten, teilweise auch an andere Personen verkauften. Dem geschädigten Geschäftsinhaber konnten nur für etwa 2000 Złoty Waren zurückerstattet werden. Vor Gericht bekennen sich sämtliche Angeklagten gleichfalls zur Schuld. Die ersten sechs Angeklagten wollen die Diebstähle aus Not und infolge der niedrigen Gehaltsbezüge begangen haben. Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu folgenden Strafen: Kuźniewski 2½, Kozłowski 1½, Borowski 2, Hermann und Wilhelm Wiese, die bereits vorbestraft sind, zu je 6 Monaten und Henczynski zu 3 Wochen Gefängnis, die übrigen erhielten je 1 Monat Gefängnis. Sämtlichen Angeklagten wurde ein fünfjähriger Strafaufschub gewährt. Das Gericht habe, wie es in der Urteilsbegründung heißt, die Angeklagten nur deshalb so milde bestraft, da dem Besitzer selbst ein Teil der Schuld nicht abzusprechen ist, der für eine bessere Leitung seines Geschäfts während seiner langen Abwesenheit hätte sorgen müssen.

§ **Ein schwerer Autounfall** ereignete sich gestern vormittag in der Nähe von Netzthal (Rynarzewo). Der Sohn des Dentisten Rybka, Moltkestraße (Cieszkowskiego) 3, befand sich mit einem Morris-Wagen unterwegs, als das Steuer versagte und der Wagen gegen einen Baum sauste. Infolge des heftigen Anpralls kam es zu einer Explosion und das entstandene Feuer vernichtete das Auto restlos. Personen kamen nicht zu Schaden.

§ **Feuer** brach am Mittwoch gegen 3 Uhr nachmittags in dem Hause Promenadenstraße (Promenada) 1 aus. In der Polster-Abteilung einer Tischlerei hatte Polstermaterial Feuer gefangen. Der Brand, der leicht größeren Umfang hätte annehmen können, konnte durch das schnelle und energische Eingreifen der Feuerwehr im Keime erstickt werden.

§ **Ein billiges Fahrrad** hatte sich der 29jährige hier wohnhafte Felix Barczewski verschafft. Als B. hörte, daß der Mechaniker Smoczyk ein Fahrrad zu verkaufen hatte, begab er sich zu diesem, stellte sich als Lehrer vor, worauf sich beide auf den Preis von 300 Złoty für das Fahrrad einigten. Der Herr „Lehrer" stellte nun einen Wechsel aus und unterschrieb diesen mit dem Namen Felix Gawrowski. Eine entsprechende Legitimation, die auf den gleichen Namen ausgestellt war, hatte er vorher dem S. vorgezeigt, so daß dieser an der „Richtigkeit des Lehrers" nicht zweifelte. B. hat dann später weder das Geld bezahlt, noch das Rad dem S. zurückerstattet. B. hatte sich nun vor der hiesigen Strafkammer wegen Betruges und Wechselfälschung zu verantworten. Er habe, wie er vor Gericht angibt, nicht die Absicht gehabt, den S. zu betrügen. Zu der Wechselfälschung, die er bereue, sei er überredet worden. Das Gericht verurteilte ihn, da er bereits vorbestraft ist, zu acht Monaten Gefängnis.

100-Jahrfeier der evangelischen Kirchengemeinde

* **Gollantsch** (Golańcz), 13. Oktober. Am 9. Oktober wurde in Gollantsch des 100jährige Bestehen der evangelischen Kirchengemeinde zusammen mit dem 50jährigen Amtsjubiläum des Pastors Richter festlich begangen. Die Kirche vermochte kaum die Zahl der Besucher, die zum Teil von weit hergekommen waren, zu fassen. Am Vormittag predigte außer dem Ortspfarrer Generalsuperintendent D. Blau, am Nachmittag die Superintendenten aus Kolmar und Wrongrowitz. Die Feier nahm einen würdigen, erhebenden Verlauf und erhielt noch eine besondere Weihe dadurch, daß der Wojewode von Posen und der Starost aus Wongrowitz dem Jubilar telegraphisch huldvolle Glückwünsche entboten, und daß der Generalsuperintendent dem Jubilar das Diplom eines Ehrendoktors der Theologie überreichte.

Steinkistengräber im Kreise Wirsitz gefunden.

Auf dem Gelände des Gutes Dembno, Kreis Wirsitz, entdeckte man auf einem Sandhügel ein Gräberfeld. Es wurden dort zahlreiche Steinkistengräber, in denen sich Urnen mit Beigaben befanden, geborgen. Man nimmt an, daß es sich um Gräber aus der früheren Latènezeit, etwa 500 v. Christi Geburt handelt. Leider konnte nur ein einziges Steinkistengrab ganz geborgen werden, da vorher die verschiedensten Leute vom Gräberfeld „Andenken" sammelten, die für den einzelnen völlig wertlos sind, andererseits deren Fehlen aber die Wissenschaft schwer schädigen muß.

q **Gnesen** (Gniezno), 12. Oktober. Gestohlen wurde Anton Kościński, Warschauerstraße 9, vom Trockenboden Wäsche im Werte von 70 Złoty. — Diebe drangen bei dem Besitzer Kautz in Biskupitz ein und stahlen vier gute Anzüge, zwei Mäntel und einen Sealpelz. — Dem Landwirt J. Kotlewski aus Gaj wurden sechs Zentner Kleesamen vom Speicher gestohlen. Der Schaden beträgt 300 Złoty. — Aus der Werkstelle des W. Kaspy aus Żydowo wurden zwei Fahrräder im Werte von 200 Złoty gestohlen. — Feuer brach bei dem Besitzer Sobieralski in Lubcz aus und vernichtete die Scheune.

z. **Inowrocław**, 13. Oktober. Sitzung des landw. Vereins „Kujawien". Unter Vorsitz von Rittergutsbesitzer Stübner hielt der landw. Verein „Kujawien" seine Oktobersitzung hierselbst ab, wobei über die Frage der Anmeldung von Rostschäden referiert wurde. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten hielt Tierschutzinstruktor Frey aus Königsberg einen interessanten Vortrag über „Rindviehzucht". An Hand von Lichtbildern erläuterte der Redner die Beschaffenheit eines richtigen naturgemäßen Zuchtstalles und schilderte zum Schluß den Werdegang der ostpreußischen Rindviehzucht.

& **Posen** (Poznań), 11. Oktober. Ein entsetzlicher Unglücksfall trug sich gestern abend im benachbarten Lubau zu. Als der sechsjährige Karl Sternal den Bürgersteig entlang ging, ertönte plötzlich hinter ihm das Klingelzeichen eines Radfahrers, der entgegen den Verkehrsvorschriften den Bürgersteig zum Fahren benutzte. Um sich vor dem Überfahrenwerden zu sichern, sprang der Knabe auf den Fahrweg in ein ihm entgegenkommendes Auto hinein. Ein Rad des Kraftwagens ging dem Knaben über den Kopf, der schwer verletzt wurde. Der Knabe wurde sofort in das hiesige Stadtkrankenhaus übergeführt und einer Operation unterzogen. Der Zustand des Knaben ist hoffnungslos. — Im Juni d. J. wurde auf dem hiesigen Bahnhof ein Josef Pałacz festgenommen, der einen sehr schweren Koffer trug, in dem bei der Revision rund 400 falsche Fünfzłotystücke und gegen 100 gefälschte Zweizłotystücke vorgefunden wurden. Nach und nach gelang es der Polizei, eine ganze Falschmünzerbande festzunehmen, die sich die Herstellung und Verbreitung falscher Fünf- und Zweizłotystücke hatte angelegen sein lassen. Der zuerst Festgenommene hatte versucht, die Falschstücke in der Provinz an den Mann zu bringen. Jetzt hatten sich die Falschmünzer vor der verstärkten Strafkammer zu verantworten. Erfreulicherweise ging der Gerichtshof gegen die fünf Angeklagten mit ziemlicher Schärfe vor: Felix Krzyska und seine Ehefrau Sophie wurden zu je fünf Jahren, Josef Pałacz und August Probst zu je vier Jahren, und die Ehefrau des letzteren, Maria, zu drei Jahren Gefängnis verurteilt; außerdem wurde gegen alle Angeklagte auf je fünf Jahre Ehrverlust erkannt.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

Kabelbau Warschau — Gdingen — Danzig.

Im Rahmen des projektierten unterirdischen Telephonkabelnetzes in Polen nimmt die Linie Warschau — Gdingen — Danzig hinsichtlich der Reihenfolge den ersten Platz ein. Die Linie wird über die Städte Łowicz—Krośniewice—Kutno — Thorn — Graudenz — Berent — Karthaus nach Gdingen und Danzig führen. Die Baukosten samt den sonstigen technischen Einrichtungen werden 35 Millionen Złoty betragen. Der Beginn der Bauarbeiten ist zum Frühjahr nächsten Jahres vorgesehen, vorausgesetzt, daß bis dahin die Kredit- bezw. Finanzierungsfrage geklärt ist. Im Zusammenhang damit ist noch zu bemerken, daß die Kommission für öffentliche Arbeiten des Völkerbundes den Plan dieser Kabellinie begutachtet und als zweckmäßig bezeichnet hat.

Freie Stadt Danzig.

* **Seemannstod.** Gestern um 17 Uhr war der 29 Jahre alte Fischer Max Much, der in Krakau bei Danzig wohnte, mit zwei anderen Fischern auf See gefahren, um die Netze einzuholen. Vor Westlich-Neufähr stürzte M. beim Auswerfen eines Ankers über Bord, da er sich anscheinend zu weit hinübergebeugt hatte. Der Unglückliche kam nicht mehr zum Vorschein; die Suche nach ihm blieb vergeblich. Wegen des Eintritts der Dunkelheit mußten die Bergungsversuche eingestellt werden. †

* **Das ist die Liebe der Matrosen ...** In der Nacht zum Dienstag traten zwei Hausmädchen, die beide polnische Staatsangehörige sind, auf dem Hauptbahnhof an einen Danziger Schutzpolizeibeamten heran und baten ihn um die Feststellung der Personalien eines polnischen Matrosen aus Gdingen, der hinter ihnen herkam. Nach ihrer Angabe hatte sie der Matrose während der Eisenbahnfahrt von Gdingen nach Danzig belästigt und schwer beleidigt. Gleich darauf wandte sich aber auch der Matrose an den Beamten und wünschte von ihm die Feststellung der Personalien der beiden Mädchen, da diese ihn beschimpft hätten. Der Beamet tat beiden Ersuchen Genüge. †

* **Geborgene Leiche.** Dienstag mittag ist es gelungen, den ertrunkenen Fischer Max Much aus Krakau zu bergen. †

* **Blutige Straßenschlägerei.** Als in der Dienstagnacht um 3.40 Uhr zwei Kellner vom Hauptbahnhof kommend durch die Elisabeth-Kirchengasse gingen, traten zur gleichen Zeit die Arbeiter Ferdinand Fischer, Friedrich Kranz und Paul Buschmann aus einem Lokal heraus. Fischer stürzte sich zusammen mit den beiden anderen auf einen der Kellner, und alle drei fielen mit offenen Taschenmessern über ihn her. Der Angegriffene sprang zunächst zurück und suchte seine Gegner mit der Faust abzuwehren; da er jedoch immer mehr bedrängt wurde, zog er eine Scheintodpistole und gab zwei Schüsse auf Fischer ab. Als jedoch die Waffe beim dritten Schuß versagte, drang Fischer erneut auf ihn ein. Der Kellner versetzte nun Fischer mit dem Pistolenschaft mehrere Schläge über den Kopf, so daß F. mehrere starkblutende Verletzungen davontrug. — Der zweite Kellner, der seinem Kollegen zu Hilfe kam, erlitt Schnittverletzungen durch ein Messer an der linken Hand. Inzwischen hatte aber ein Schutzpolizeibeamter die Schüsse gehört und eilte herbei. Er trennte die Streitenden, um die sich schon eine größere Menschenmenge angesammelt hatte, und rief dann einen Arzt herbei, durch den Fischers Wunden geklammert und verbunden wurden. Der Grund zu dem Überfall dürfte auf frühere Streitigkeiten zurückzuführen sein. †

Kleine Rundschau.

Der falsche Daubmann.

Wie wir schon gestern berichteten, haben die Vernehmungen über den angeblichen Oskar Daubmann aus Endingen zu dem Ergebnis geführt, daß es sich um einen Verbrecher handelt. Er heißt, wie heute weiter berichtet wird, Karl Ignatz Hummel, der am 9. März 1898 in Oberwiehl bei Basel geboren und in Hofweiher bei Offenburg heimatberechtigt ist. Die weitere Untersuchung hat ergeben, daß Hummel 1928 in Karlsruhe wegen einer Straftat polizeilich vernommen wurde. Die damals gemachten Fingerabdrücke konnten jetzt zu seiner restlosen Überführung dienen. In den Jahren 1909 und 1910 besuchte Hummel die Volksschule in Endingen und hat dort die Kenntnisse über Daubmann gesammelt. In Offenburg hatte er vom 12. September 1930 bis Mai 1932 ein eigenes Geschäft und war dort verheiratet. Als das Geschäft nicht mehr ging, fuhr er mit dem Fahrrad nach Neapel. Dort kam ihm die Idee, den Daubmann zu spielen und wieder heimzufahren. In Afrika ist Hummel niemals gewesen. Die Eltern Daubmanns in Endingen glaubten ganz sicher, Hummel sei ihr Sohn. Der richtige Daubmann ist tot. Hummel befindet sich im Freiburger Gefängnis.

*

Unter Anklage des Betrugsversuchs.

Freiburg i. Breisgau, 13. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Gegen den falschen Daubmann ist nunmehr Anklage wegen Betrugsversuches und Urkundenfälschung erhoben worden. Der Betrüger sagte noch aus, er habe sich lediglich den Namen Daubmann zugelegt, um nach Deutschland zurückzukehren, sei dann aber durch die Empfänge und Feierlichkeiten immer weiter in seine Rolle hineingedrängt worden.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 13. Oktober 1932.

Krakau — 2,76, Zawichost + 0,82, Warschau + 0,71, Płock + 0,35, Thorn + 0,16, Fordon + 0,16, Culm + 0,02, Graudenz + 0,10, Kurzebrak + 0,37, Piekel — 0,40, Dirschau — 0,57, Einlage + 2,22, Schiewenhorst + 2,42.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke (beurlaubt); verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 236

Am 11. d. Mts. verstarb unser langjähriger Geschäftsführer, Mitglied und Mitbegründer unserer Genossenschaft

Herr Alfred Rosseck

in Exin.

Die Genossenschaft verliert in ihm ein treues Mitglied und einen wertvollen Mitarbeiter.

Sie wird seines lauteren und geraden Charakters stets gedenken und ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Im Namen des Spar- u. Credit-Vereins Kcynia
G. Breitag,
Vorsitzender des Aufsichtsrats. 8266

Gestern früh entschlief sanft nach kurzem schweren Leiden mein guter Mann, unser lieber Vater, der

Rentier

Wilhelm Neumann

im 71. Lebensjahre.

Dies zeigen, um stille Teilnahme bittend, tiefbetrübt an

Auguste Neumann geb. Achterberg
und Kinder.

Fordon, den 13. Oktober 1932. 3920

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 15. Oktober, um 3 Uhr nachmittags, vom Trauerhause aus statt

---

Bei den deutschsprachigen 825

Landwirtschaftsschulen

Schroda (Środa) u. Birnbaum (Międzychód)

beginnt der Unterricht **am 3. November 1932.** Anmeldungen nehmen die **Direktionen** entgegen.

Verreist

vom 17. bis 22. Oktober

Professor Dr. Schenk

Chefarzt der inneren Abteilung am Diakonissen-Krankenhause

Danzig. 8277

Kunst-Stopferei
Teppich-Reparaturen
3916 jetzt **Gdańska 78, parterre.**

Im Damen- u. Herren-Frisier-Salon 3888
Zbożowy Rynek 6
sind die Preise für **Ondulieren, Haarschneiden Rasieren** usw. bedeut. herabgesetzt. **Der Inhaber**

Hebamme
erteilt Rat mit gutem Erfolg. Diskretion zugesichert. 3690
Danek, Dworcowa 66.

Polnischer Sprachunterricht
für Anfänger u. Fortgeschritt., auch Einzelunterricht. Anmeld. erb. **Goethestr. 2 (ul. 20 stycznia 20 r.),** Zimm. 12. 8087

Erfolgr. Unterricht
i. Englisch u. Französisch, erteilen T. u. A. Furbach, Cieszkowskiego 24 I. l., (früher 11). Französisch-englische Übersetzung. Langjähr. Aufenth. in England u. Frankreich.

Engl. u. franz. Konvers. u. Gram. erteilt gepr. Lehrerin, d. mehr. Jahre i. Ausland war. **Sowińskiego 4, W. 5.** 3878

Buchführung
einfache, doppelte und amerikanische, sowie kaufm. Rechnen und alle anderen Handelswissenschaften lernen Sie am besten und schnellsten bei 7768
Georg Fibich
Bydgoszcz, Hetmańska 20

Stacheldraht, 100 m zł 15.-, **Geflechte** konkurrenzlos billig geben ab **Gebr. Ziegler, Nakło.** Telefon 72. 6904

Rechtsbeistand

St. Banaszak
Bydgoszcz
ulica Cieszkowskiego 4
Telefon 1304. 7911
Bearbeitung von allen, **wenn auch schwierigsten** Rechts-, Straf-, Prozeß-, Hypotheken-, Aufwertungs-, Miets-, Erbschafts-, Gesellschaftssachen usw. Erfolgreiche Beitreibung von Forderungen.
Langjährige Praxis.

Schuhwaren
lange Stiefel und Arbeitsschuhe, gute Ausführung, verkauft billig
3922 **Jezuicka 10.**

Drahtseile
außer Syndikat für alle Zwecke liefert
B. Muszyński,
Seilfabrik, Lubawa. 7769

Juli-Bienenhonig
diesjährigen, frisch unt. Garantie, aus best. Podolisch. Imkerei. i. Blechbüchsen brutto z. Preise 5 kg zł 9, 10 kg zł 17, 30 kg zł 44, 60 kg zł 83 mit Verpack. u. Post- od. Bahngebühr verschickt gegen Nachnahme
J. Winokur, 8213
Tarnopol Nr. 63.

Für die **Herbstpflanzung!**
Obstbäume, Frucht- u. Beerensträucher, Pfirsiche u. Aprikosen, Walnüsse, Haselnüsse, Edelwein, Alleebäume, Trauerbäume, Schling- u. Kletterpflanz., Heckenpflanzen, Zierbäume und Sträucher, Spargelpflanzen, Rhabarberstauden, Blütensträucher in ca. 60 besten Sorten, **Clematis, Glycinen, Aristilochia, Resedawein, selbstkl. u. wilder Wein, peren. winterhart. Staudengewächse** in ca. 80 best. Sort. Alles in größter Ausw. u. zu sehr bill. Preisen. Bitte besuch. Sie meine Gärtnerei.
Jul. Roß.
Gartenbaubetrieb
Grunwaldzka 20. Tel. 48. 8281

Heirat

Kaufmann
29 J., Inh. ein. rentabl. Unternehmens im eig. Geschäftshaus. **sucht Bekanntschaft ein. herzenslieben Dame** mit entsprech. Vermögen zw. **bald. Heirat** u. bitt. um vertr. Zuschr. **u. K. 3855 a. d. Gst. d. Z.**

Heirat.
Evgl. Mädchen, 34 J. a., vermögd., sucht Herrn in gesich. Posit. zwecks Heirat kenn. zu lernen. Off. m. Bild u. **E. 3912** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Ausländerinnen
reiche u. viele vermögd. deutsch. Damen wünsch. glückl. Heirat. Auskunft überzeugt Herrn, auch ohne Vermögen. Vorschläge sofort, auch an Damen. Ausk. kostenlos **Stabrey,** Postamt 113, **Berlin.** 7067

Kaufmannstochter
27 J., Inh. gutgeh. Geschäfts (Lebensm.) Wert 20.000 zł **sucht entsprech. Herrenbekanntschaft zwecks Heirat**
Gefl. Zuschr. u. **J. 3854** an d. Gschst. d. Ztg. erb.

Welch. Handwerker
möchte m. evgl. Mädch., das etw. Verm. besitzt. in Briefwechs. tret. zwecks **späterer Heirat?** Nur ernstg. Zuschr. u. **U. 8210** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Landwirt
anf. 30, evgl., Bes. einer 250 Morg. gr. Wirtsch., möchte mit ein. netten, gebild., wirtschaftlichen Mädel zwecks späterer
Heirat
in Briefwechsel treten. Damen passend. Alters, welche üb. ein entsprech. Barvermög. verfügen, werden gebeten; näh. Angab. mit Bild unter **M. 8283** a. d. Geschst. dies. Zeitg. einzusenden. Vermittlung von Verwandt. angen. Anon. u. postlagend zwecklos.

Zwei junge lebensfrohe **Mädels** mit Aussteuer u. etwas Vermögen, wünschen **Herren-Bekanntschaft zw. später. Heirat.** Ernstgem. Zuschriften mit Bild unter **N. 8284** an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Handwerksm. mit eig. Gesch., 50 Jah. alt, Wtw., ev., wünscht mit Damen v. 40–45 Jah. zw. Heirat in Briefw. zu tret. **Ww.** oh. Anh. angen. Off. m. Bild, (w. diskr. zurückges. w.) u. Ang. d. Vermög.-verhältn. u. 8246 a. d. **Geschäftsst. A. Kriedte, Grudziądz.**

Gutsbesitzer
eines größeren Gutes, Ende 20, evgl., sucht mit einer hübsch., mögl. vermög. Dame bis 26 J., welche Interesse f. Landwirtschaft hat, in Briefwechsel zu treten
zwecks Heirat.
Off. m. Bild, w. diskret zurückges. w., u. **L. 8162** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Geldmarkt

Bis 10 000 zł
verleihe auf I. Hypothek für 3–4-Zimmerwohn. Off. unt. **J. 3924** a. d. Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Geldmann mit 100-150 zł kann sich beteilig. bei Fabrikation ein. guten Winterartikels. **Bydg., 3go Maja 10, W. 7.** 8222

Stellengesuche

Tüchtiger, prakt. evang
Landwirt
26 Jahre alt, ehrlich u. gewissenhaft, sucht Stell. zur weit. Ausbildung. **Fr. Off. u. P. 3866 a. d. G.**

Landw. Beamter
evgl., 23 J. alt, militärfrei, mit 3½ jähr. Praxis auf pommerell. Gütern, mit guten Zeugnissen, der deutschen u. poln. Sprache in Wort und Schrift mächtig, **sucht Stellung als 2. Beamter** auf größerem oder **1. Beamter** auf kleiner. Betriebe. Angebot. an
G. Drewing, Lodz,
Kopernika 22 7807

Landwirtschaftlich.
Beamter
34 J. alt, beid. Landessprachen mächtig, sucht, gestützt auf langjähr. Zeugnisse, vom 1. 12. 32 oder 1. Januar 1933 **Stellung als 1. Beamter od. Wirtschafter.** Augenblicklich als Verwalter eines Mühlengutes v. 700 Morgen tätig. Gefl. Offerten unter **E. 8232** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Agronom
Absolvent höh. Landwirtschaftsschule, fließ. Polnisch, 2½ jährige Praxis, **sucht Stellung als Wirtschafts-Eleve** Off. u. **H. 3923** an die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Buchhalter
bilanzsicher, gut. Korrespondent, polnisch-deutsch, sucht ab 1. 11. oder später Stellung. Angeb. unt. 8247 a. d. **Geschst. Arnold Kriedte, Grudziądz.**

Jüngling, mos., 20 J. alt, **sucht Stellung** in Konfektions- od. Manufakturwaren-Geschäft. Off. u. **D. 3911** a. d. Geschst. d. Z.

Müllermeister
led., sucht dau. Stell. v. sof. oder vom 1. 11. 32
als Obermüller
Müller oder Alleiniger bei gering. Entlohng. Offerten unter **B. 8138** a. d. Geschst d. Zeitg. erb.

Müllergeselle
evangel., 23 Jahre alt, militärfrei, **sucht** v. sof. oder später **Stellung.** Gute Zeugnisse vorhanden. Gfl. Zuschriften unter **T. 8196** an die Geschst. d. Zeitung erb.

Evg. Müllergeselle
den d. Chauffeurkursus beendet, **sucht** v. sofort od. 1. Novbr. **Stellung.** Gefl. Zuschr. unt. **A. 3897** an d. Geschst. d. Ztg. erb.

Müller, militärfrei, **sucht** v. 15. 10. od. später **Stellung.** Offert. unt. **B. 3882** a. d. Geschst. d. Z.

Suche von sofort oder später **Stellung**
als Müller.
Bin 21 J. alt, militärfrei, der poln. Sprache mächtig und mit d. neuzeitlich. Müllerei vertraut. Gute Zeugnisse vorhanden. Gefl. Angebote unter **C. 8226** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Suche von sof. od. spät. **Stellung**
als Gutssattler
bei bescheid. Ansprüch. Bin evgl., ledig, 24 J. alt und mit allen vorkommend. Sattl.- sow. Polsterarbeit. vertraut. Gefl. Zuschr. unt. „**Gutssattler" W. 8120** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erg.

Gärtner-Chauffeur
verheir., 29 J. alt, 11 J. Gärtner, 2 J. Chauffeur-Praxis, **sucht** v. sofort oder später **Stellung.**
3902 **Feliks Szumała, Koronowo,** Farna 17.

Gärtner
ledig, 28 J. alt, perfekt in seinem Fach, sucht von sofort oder später **selbständ. Stellg.** 3887
W. Lewandowski, **Koronowo.** Wodna 2.

Tischlergeselle
militärfrei, mit Fornierarbeit vertraut, sucht Stellung. 8233
W. Zielinski, Witkowo-wieś, pw. Gniezno

Rechnungsführerin
vertraut m. ldw. Buchführung, Kasse, Lohnberechnung., Gutsvorstehergeschäft., Sozialversich., Steuerangelegenheiten, Korrespond., gute Uebersetzerin, bewand. i. Verkehr mit d. Behörden 2c., sucht pass. Stellung. In letzter Stellung 9 Jahre tätig gewesen. Gute Zeugn. u. Empfehl. steh. z. Seite. Gefl. Ang. u. **H. 8241** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Jg. Dame, ev., m. Lyz.-Bild. u. Nähkenntn., s. **passend. Wirkungskr.** b. Kind. od. i. Haush. Ang. u. T. 876 a. Ann.-Exp. **Wallis, Toruń.** 8084

Wirtschaftsfräul.
40 Jahre alt, Haus- u. Hofwirtschaft perfekt,
sucht Stellung.
Angebote unter **E. 8147** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Für Herbst und Winter
empfehlen wir unsere im ganzen Lande einzigen u. konkurrenzlosen Warenkompletts.
Für nur 12.80 zł
versenden wir: 1 Herren-Pullover, in modernsten Dessins, mit Blitzverschluß, 2 Paar Winter-Wollsocken, 3 weiße Waffel-Handtücher, 3 weiße Taschentücher, 1 Paar Handschuhe, Wolle, doppelt, 1 Seidenkrawatte und 1 Komplett Kosmetikum, bestehend aus: Toilettenseife, Fläschchen Eau de Cologne und Taschenkamm.
Für 12.95 zł
versenden wir: 1 Damen-Pullover, reine Seide, in modernsten Farben, 2 Paar guter Strümpfe, prima „Mako", 3 weiße Waffel-Handtücher, 3 Taschentücher mit Hohlsaum, 1 Paar Winter-Reformen, Trikot, in guter Qualität, 1 Paar Woll-Handschuhe, doppelt und 1 Komplett Kosmetikum, bestehend aus: Toilettenseife, Fläschchen Eau de Cologne u. Schachtel Puder (Farbe angeben).
Für 10.95 zł 8214
versenden wir: 1 Woll-Jackett für Kinder) mit Mütze, Schal u. Handschuhen, 2 Paar Wollstrümpfe, 2 Taschentücher, 2 weiße Waffelhandtücher und Toilettenseife.
Achtung! Wer einen guten Winteranzug haben will, bestelle 3 Meter englischen Kort für nur 18.— zł.
Obige Waren verschicken wir gegen Nachnahme. Versandkosten trägt der Käufer. Bei Nichtgefallen erstatten wir das Geld.
Adresse: Towar Polski Jan Domżalski,
Warszawa I, skrytka 381 oddział 2.

Aeltere Wirtin
die gut kochen, backen, einmach., schlacht. kann,
sucht Stellung
von sofort oder später, auch solche Stelle, wo Hausfrau fehlt. Offert. unter **B. 8212** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Junge, tüchtige
Wirtin
sucht Stellung und übernimmt alle Hausarbeiten. Offerten mit Gehaltsangabe unter **„Ehrlich" J. 8157** an die Geschäftsstelle der Deutsch. Rundsch. erb.

Evgl. Fräulein
bescheid. u. nett, an rege Tätigk. gewöhnt, perf. im Kochen, Backen, Plätten, Näh. u. Handarbeit sow. Geflügelzucht, **sucht,** gestützt auf gute Zeugn., **Stellung** gleich welcher Art, bei zeitgemäßen Ansprüch. Offert. unt. **N. 8180** an die Geschäftsst. d. Zeitg.

Landwirtstochter, ev., 19 J. alt, Haushaltungsschule absolv. 4 Mon. im Gutshaushalt tät. gew. s. Stelle als **Haustochter**
Gefl. Ang. unt. **R 8194** an die Geschst. d. Ztg.

Landwirtstochter, evgl., 20 Jah., sucht vom 1. Nov. Stellung als
Haustochter
zur **Erlernung der Hauswirtschaft.** Familienanschl. u. etwas Taschengeld erw. Off. an **Buchhdlg. W. Fabiański, Świecie.** 8261

Landwirtstochter
ehrlich und fleißig, mit einigen Koch- u. guten Plättkenntnissen, **sucht Stellung.** Offerten unter **L. 8282** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Landwirtstochter
sucht Stellg. in Stadthaush. zw. Vervollkg. in d. Wirtsch. Off. u. **G. 3919** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Junges Mädchen aus gutem Hause **sucht** ab 15. oder 1. November
eine Stelle
als Haustochter oder Stütze.
Besitze Kenntnisse im Kochen, Back. u. Glanzplätten, spreche deutsch und polnisch. Gefl. Angebote unter **K. 8256** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Evgl., besser. Fräulein sucht per sof. od. später
Stellung
als bessere Stütze
am liebsten in Stadthaushalt. Kochkenntn. und sonst in allen häuslichen Arbeit. bewand. Familienanschluß erw. Offerten unter **J. 8254** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Anständiges, evangel., **j. Mädchen** **sucht** bald od. später in größer. Gutshaush. **Stellung,** wo es bei kl. Gehalt kochen lernt. Offerten unter **D. 8229** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Jüngerer
Landwirtssohn
wird für 1500 Morgen großes Gut als **Beamter** bei bescheid. Ansprüch. **gesucht.** Mennonit bevorzugt. Gehaltsansprüche, Zeugnisabschr. usw. sind unter **G. 8240** an die Geschäftsstelle d. Zeitung einzureichen.

Junger, tüchtiger
Gärtnergehilfe
dtsch. u. poln. sprech., ges.
E. Hartung, Fordońska 47
3917

Schneidergeselle und **Lehrling** sof. gesucht. **Müller, Solec-Kuj.,** M. Piłsudskiego 2. 3914

Mechanik.-Lehrling
von sofort gesucht. 8272
Fr. Wilke, Gdańska 22.

Evangl., sauberes
Mädchen 3873
f. den ganz. Tag gesucht
Chodkiewicza 18 W. 3

Tüchtiges 3909
Küchenmädchen
von sofort gesucht
Dom. Żurczyn, poczt. Rynarzewo, p. Szubin.

Lehrfräuleins
können **ihre Garderobe selber anfertigen.** 3488
Jagiellońska 42, I.

Lehrmädchen
für **Glanzplätterei** sucht
Grunwaldzka 64. 3332

An- u. Verkäufe

Verkaufe
erstklassiges Geschäftshaus m. 4 Läden pp. bei 120—150 000 Zł. Anzahl. Näheres unter **A. 8221** a. d Geschst. d. Zeitg. erb.

Prima Jagdhündin
und **Gewehr,** Kal. 16, hahnlos, verkauft 3892
Paul Busse, Prądki,
poczta Ciele.

Bankverein Sępólno

eingetr. Genoss. m. unb. Haftpflicht
gegründet 1883.

Günstige Verzinsung
von 8115

Spareinlagen.

An- und Verkauf ausländischer Geldsorten.

Beabs. meine **Landwirtsch.** v. 170 Morg. gut. Bod., Gebd. mass., Kirche und Schule im Ort, sof. zu verkauf. Off. u. **F. 3918** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Junge, hochtragende
Kuh
verkauft **Neumann, Niem. Stwolno,** poczta Sartowice. 8274

Wenig gebrauchte
Marken Flügel
Steinway & Sons, Grotrian Steinweg, Feurich,
neuwertig,
empfiehlt preiswert
B. Sommerfeld,
Bydgoszcz, 8154
ul. Sniadeckich 2.

Pianos



hervorragende Qualität,
verkauft bill. ab Fabrik
Majewski, 3842
Dworcowa 7. Tel. 1892.

Mühlsteine (Franz.), 2 Paar, 110–130 Durchmess., zu kauf. ges. Ang. m. Preis. **Leo Jandrey, Sipiory,** bei Nakło. 3913

Kinderwagen
auf hohen Rädern bill. zu verkaufen 3726
Jagiellońska 32. Wg. 6.

2000 Zentner
Futterrüben
hat abzugeben; 8257
500 Zentner
Futterkartoffeln
sucht zu kaufen
G. Frank,
Tryl—Nowe (Pom.).
Tel. Nowe 50.

Futtermohrrüben, Hafer, waggonw., auch in kleineren Posten, kauft gegen Kasse 8107
„Tranzyt" w Toruniu,
ul. Przedzamcze 20.

Fallobst
kaufen noch einige 100 Ztr. Von 20 Ztr. ab lass. wir mit eigenen Lastautos abholen. 8276
„Lukullus",
Schokoladen- u. Zuckerwarenfabr., **Bydgoszcz,** Poznańska 16. Tel. 1670.

Gute
Winteräpfel 3822
liefert jede Menge frei Haus
Schulz, Fordońska 25.

Gelbsenf
kauft und bittet um bemusterte Offerten mit Preisangabe 8207
Richard Schwanke,
Mostrich- u. Essigfabrik
Marjanki-Swiecie.
Telefon 15.

Wohnungen

Sonnige 7-Zimmer-Wohnung, m. Komfort, in gut. Lage, per sofort o. spät. günst. abzugeb. Offert. unt. **J. 3767** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Laden, 2 Zimm., Küche und Garten zu vermieten. **Sokołowski,** Sniadeckich 52. 3905

Möbl. Zimmer

Frdl. möbl. Zimm.
elektr. Licht, sofort zu **verm. Gdańska 89, W. 4**
3921

Gut möbl. Zimmer
an 1 evtl. 2 Pers. z. verm. **Sienkiewicza 36, W. 3.**
3893

Habe in meiner Villa
2 möbl. Zimmer
mit Balkon u. Küchenbenutzung zu vermiet. Offerten unter **R. 8110** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

---

2 möbl. Zimm., auch f. **Bürozwecke,** mit Kochgeleg. u. Waschküch.- u. Badebenutz., vom 15. 10. zu vermieten 3915
Podwale 1.

Pachtungen

Schrotmühle
(Dieselmotor 18 PS), verbunden m. Mehlhandlg., geg. Sicherh. **zu verpachten,** evtl. **auch zu verkaufen.**
Wachner,
Wąbrzeźno. 8263

Gastronomia

Dworcowa 19 **Telefon 841**

Heute, Donnerstag:



Frische Wurst, Flaki

und andere Spezialitäten. 8278

Civil-Kasino

Guter Bürgermittagstisch
3 Gänge 1.20 zł **Abonnenten Ermäßigung**
Spezialität: Erbsen m. Spitzbein
Portion 60 gr. 8056
Täglich frische Flaki! Eisbein!
Wurst mit Sauerkraut!
Spezialausschank: Okocim-Biere

Freitag, den 21. Oktober, 20 Uhr
im Civilkasino:
Lieder-Abend
Paul Lohmann - Berlin (Baß-Bariton)

Am Flügel: **Walther Schnell.**

Programm: **Schubert — Moussorgsky — Schumann — Loewe.**

Eintrittskarten für Mitglieder 1.95, 2.95, 3.60 zł, für Nichtmitglieder 2.55, 3.55, 4.20 zł, zuzügl. gesetzl. Arbeitslosensteuer in der Buchhandlung **E. Hecht Nachf.,** ulica Gdańska 27. 8280

Deutsche Bühne
Bydgoszcz T. z.

Donnerstag, 13. Oktober
abends 8 Uhr:
Der Kaufmann von Venedig.
Lustspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare.

Sonntag, d. 16. Oktober
abends 8 Uhr:
Die liederliche Venus.
Schwank in 3 Akten von Anny Wendrich.

Eintrittskarten wie üblich. 8279
Die Leitung.

Offene Stellen

Für den hiesigen Versuchsring wird zu sofort oder später ein unverheirateter
Versuchsringleiter
gesucht. Nur Herren, die ihr Studium beendet haben und mehrere Jahre praktisch tätig gewesen sind, wollen ihren Lebenslauf einsenden.
8267 **Versuchsring Pępowo,** pow. Gostyn.

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 236.

Bromberg, Freitag den 14. Oktober 1932..

Pommerellen.

13. Oktober.

Graudenz (Grudziądz).

Die Mißbräuche im Magistrat.

Zu den im hiesigen Magistrat vorgekommenen Mißbräuchen wird jetzt von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die in Frage kommenden Verstöße nicht in der Abteilung für soziale Fürsorge, sondern im Bureau der Auszahlung der Unterstützungen für die Arbeitslosen verübt wurden, in der überwiegend erwerbslose geistige Arbeiter beschäftigt waren. Die Mißbräuche beruhen darauf, daß Auszahlungslisten mit fingierten Namen angefertigt und die Unterschriften der gar nicht existierenden Empfänger selbst fabriziert wurden. Was die Höhe der veruntreuten Summe anbelangt, so wird erst die weitere Prüfung der Angelegenheit hierüber Sicheres ermitteln. Um solche Fälle für die Zukunft zu verhindern, ist das Bureau für die Auszahlung der Unterstützungen an die Arbeitslosen in die Abteilung für soziale Fürsorge verlegt worden. *

× **Erst Einbrecher, dann Scheckschwindler.** Am 7. d. M. erschien auf der Bank Społek Zarobkowych, Marienwerderstraße (Wybickiego), ein junger Mann und präsentierte einen von der Firma Joachimczyk, Unterthornerstraße (Toruńska), ausgestellten Scheck über 2000 Złoty.f Dem Beamten der Bank kam der Scheck verdächtig vor, und so bat man den Mann, einen Augenblick zu warten. Währenddessen wurde an die Firma Joachimczyk telegraphiert, von der die Antwort kam, daß der Scheck tatsächlich gefälscht sei, und jemand zur Bank geschickt wurde, um die Sache an Ort und Stelle zu prüfen und eventuell den Fälscher festnehmen zu lassen. Dem „Scheckeinkassierer" war aber das lange Warten auf die ihm erklärte „Prüfung des Kontos" des Ausstellers nicht geheuer erschienen, so daß er in der Zwischenzeit verschwand. Wie die in der Angelegenheit angestellte Untersuchung ergab, waren bei einem einige Tage vorher bei der Firma Joachimczyk verübten Einbruch außer Brief- und Stempelmarken im Werte von 15 Złoty auch drei Blankoschecks gestohlen und mit dem Stempel der Firma versehen worden. Die Kriminalpolizei konnte den Täter in der Person eines von der Firma entlassenen Angestellten, der drei Kumpane gehabt hat, entdecken. Er ist vor kurzer Zeit wegen Unterschlagungen zu 6 Monaten Gefängnis mit fünfjähriger Bewährungsfrist verurteilt worden. Infolge der neuen Straftat muß er jetzt diese Strafe verbüßen und hat noch eine empfindliche „Zulage" zu gewärtigen. *

× **Ein erheblicher Einbruch** wurde in der Nacht zum Mittwoch im Restaurant „Sanssouci" (Inhaber: Filipiak), Blumenstraße (Kwiatowa) 28, verübt. Die Diebe schlugen eine Scheibe ein, erbrachen die Türen, gelangten so in die Restaurationsräume und stahlen hier Getränke, Rauchwaren, Tischgedecke usw. im Gesamtwerte von 1000 Złoty. — Alojzy Kloß aus Obergruppe (Górna Grupa) ist sein Fahrrad im Werte von 50 Złoty, Leo Bieliński, Pohlmannstraße (Mickiewicza) 23, ein Pferdegeschirr im Werte von 200 Złoty von bisher unentdeckt gebliebenen Tätern entwendet worden. *

× **Einen guten Fang** machte ein Graudenzer Kriminalbeamter. Während einer dienstlichen Reise auf dem Bahnhof in Gdingen bemerkte er einen Mann, welcher der Beschreibung nach ein wegen Sparkassenbuchfälschung gesuchter Grzechowiak sein konnte. Der Beamte hielt den Verdächtigen an und ließ ihn sich legitimieren. Dieser legte einen Personalausweis auf den Namen Eduard Rowalski vor. Bei einer Leibesvisitation wurde noch ein Personalausweis auf den Namen Jan Piwko gefunden. Jetzt war es zweifellos, daß der Arretierte der gesuchte Grzechowiak war. Er wurde nach Graudenz gebracht. Da man bei ihm weiter einen auf Edward Kowalski lautenden Ausweis gefunden hatte, so wurde in dessen Wohnung in Neustadt (Wejherowo) Nachsuchung gehalten. Dabei entdeckte man einen Pelz und andere Sachen im Werte von 6000 Złoty, die einem Gdingener Ingenieur gestohlen worden sind. In Neustadt wurden ferner zwei Spießgesellen des Grzechowiak, Stanisław Gawroński und Konstanty Balicki aus Gdingen, ergriffen. Das Kleeblatt hat u. a. einen in Grodno verübten Diebstahl, bei dem ihnen 75 000 Złoty in die Hände fielen, auf dem Gewissen. *

Thorn (Toruń).

Unglücksfall auf dem Thorner Hauptbahnhof.

Dienstag nachmittag ereignete sich auf dem hiesigen Hauptbahnhof (Toruń-Przedmiescie) ein schwerer Unglücksfall, dem der bei der Firma Hentschel als Gärtnerlehrling angestellte Bronisław Bartoszyński, wohnhaft ul. Leona Czarlińskiego 24, zum Opfer fiel. B., der den bei den Zollschuppen tätigen Eisenbahnarbeitern beim Rangieren der Waggons behilflich sein wollte, geriet aus eigener Unvorsichtigkeit zwischen zwei Waggons, wobei er sich äußerst ernste Verletzungen zuzog. Der Unglückliche wurde von der benachrichtigten Rettungsbereitschaft nach dem städtischen Krankenhaus gebracht. * *

---

‡ **Von der Weichsel** ist für Mittwoch betreffs Wasserstand und Wassertemperatur keine Veränderung zu melden. — Eingetroffen sind von Warschau auf der Fahrt nach Dirschau die Dampfer „Belweder" und „Warszawa", auf der Fahrt von Dirschau zur Hauptstadt Dampfer „Hetman". Von hier fuhr Dampfer „Halka" nach Warschau zurück. * *

‡ **Apotheken-Nachtdienst** von Donnerstag, 13. Oktober, 7 Uhr abends, bis Donnerstag, 20. Oktober, 9 Uhr vormittags, einschließlich sowie Sonntagsdienst am 16. Oktober hat die „Löwen-Apotheke" (Apteka pod Lwem), Elisabethstraße (ulica Król. Jadwigi) 1, Fernsprecher 269. * *

‡ **Doppeljubiläum.** Schlossermeister Emil Röhr, Brückenstraße (ulica Mostowa) 22, beging am Sonnabend mit seiner Gattin das Fest der silbernen Hochzeit, nachdem er einige Tage vorher bereits den Tag begehen konnte, an dem er vor einem Vierteljahrhundert die von seinem Vater im Jahre 1872 gegründete ‚jetzt also 60 Jahre bestehende Schlosserei übernommen hat. * *

‡ **„Jagt ihn — ein Mensch!" ist nicht nur der Titel des Kolbenheyerschen Schauspiels, mit dem die Deutsche Bühne Thorn ihre 11. Spielzeit in der nächsten Woche eröffnen wird, sondern ereignete sich tatsächlich am Dienstag vormittag (wenn auch in anderer Form) in der Schillerstraße (ul. Szczytna). Die zahlreichen Passanten wurden hier durch den Ruf „Trzymajcie go!" (Haltet ihn!) auf einen laufenden Mann aufmerksam gemacht, der von einer größeren Menschenmenge verfolgt wurde. An der Ecke der Breitenstraße (ul. Szeroka) warf sich ein Herr dem Flüchtenden entgegen. Beide kamen auf dem regennassen Boden zu Fall und dadurch konnte der Verfolgte, ein Dieb, ergriffen und der Polizei übergeben werden.** * *

v **Zu der Explosion** in der Junkerstraße (ul. Krzyżacka) erfahren wir noch, daß der Schweißapparat nicht in der Werkstatt, sondern auf der Straße explodierte. Zum Glück sind hierbei Personen nicht zu Schaden gekommen. * *

v **Unter die Räder eines Automobils** geriet am Dienstag auf dem Wege zwischen Thorn und Groß-Nessau (Nieszawka) eine gewisse Veronika Piątkowski, wohnhaft in Klein Nessau (Mała Nieszawka) hiesigen Kreises. Die Verunglückte erlitt erhebliche Körperverletzungen und wurde von dem Rettungsauto in das Krankenhaus eingeliefert. **

‡ **Der tägliche Straßenunfall.** Auf der Eisenbahnbrücke kam Dienstag mittag der 15 Jahre alte Henryk Onisk aus Schlüsselmühle (Kluczyki) hiesigen Kreises mit seinem Fahrrade zu Fall. In demselben Augenblick kam eine Autodroschke heran und überfuhr den auf dem Boden Liegenden. Er wurde dabei am linken Bein glücklicherweise nur leicht verletzt. * *

t. **Vor dem Appellationsgericht** als Berufungsinstanz hatte sich der Direktor Antoni Nałęcz der Kommunalsparkasse des Kreises Berent (Kościerzyna) zu verantworten, der s. Zt. vom Konitzer Bezirksgericht wegen Unterschlagung von 25 000 Złoty, die er auf sein Konto übertragen hatte, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Das Appellationsgericht stellte sich auf den Standpunkt, daß die Überschreibung dieser Summe ohne Benachrichtigung des Kassenvorstandes kein Verbrechen, sondern ein Disziplinarvergehen ist und sprach den Angeklagten frei. **

v **Und wer trägt den Schaden?** Der Streit zwischen dem Magistrat und der Thorner Fleischerinnung hält unverändert an. Die Konferenz der Vertreter des Magistrats mit den Vertretern der Fleischerinnung führte, wie bereits mitgeteilt, zu keinem Ergebnis, und auf die neuen Vorschläge, die die Fleischerinnung dem Magistrat machte, ist bisher eine Antwort nicht erteilt worden. Dies hat zur Folge, daß der am 17. August d. J. begonnene „Krieg" fortgesetzt wird und daß das Schlachthaus auch weiterhin leersteht. Trotz des ausdrücklichen und kategorischen Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung, die sich in ihrer letzten Sitzung mit dieser Sache beschäftigte und den Magistrat zur Liquidierung des Streites aufforderte, hat der Magistrat bisher keine energischen Schritte zur Behebung des Streitfalles, der der Stadt einen ungeheuren Schaden zufügt, unternommen. — Die Fleischerinnung beschloß in ihrer letzten Sitzung, die Viehschlachtungen auch weiterhin außerhalb Thorns vornehmen zu lassen. * *

t **Diebstahlschronik.** Von dem Rollwagen der Firma F. Ligmanowski wurden, als er vor dem Geschäftshause in der Klosterstraße (ulica Franciszkańska) stand, 25 Kilogramm Margarine im Werte von 60 Złoty gestohlen. — Dem neuen Direktor des Staatlichen Gymnasiums mit deutscher Unterrichtssprache, Herrn Rediger, verschwand aus seinem Dienstzimmer der dort aufgehängte Mantel. — Dem Buchdrucker Włudarski, Seglerstraße (ulica Żeglarska) 13, wurde eine Gitarre im Werte von 60 Złoty entwendet. — Zum Schaden des Stanisław Kwaśnieski, Bornstraße (ulica Lelewela) 28, wurde ein 20 Złoty Wert besitzender Koffer gestohlen. — Im benachbarten Podgorz stahl man dem in der Pułaskistraße 15 wohnenden Piotr Baranowski zwei Fingerringe im Werte von 80 Złoty. — Endlich erleichterte ein Taschendieb den aus Ostrowo Świeckie (Kreis Culm) hier weilenden Bernhard Lengowski um die goldene Taschenuhr im Werte von 100 Złoty. * *

‡ **Neben zwei kleinen Wohnungseinbrüchen** verzeichnet der Polizeibericht vom Dienstag noch einen kleinen gewöhnlichen Diebstahl, ferner acht Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften, ein Vergehen gegen die Meldeordnung und eine Protokollaufnahme wegen Beleidigung eines Schutzmannes. — Verhaftet wurden eine gesuchte Person und eine Person wegen Diebstahls, welch letztere dem Burggericht übergeben wurde. * *

Der vorletzte Starost von pommereller Geblüt.

Die Nachricht von der Pensionierung des Schwetzer Kreisstarosten, Herrn Leo Kowalski, hat — wie der „Dziennik Bydgoski" schreibt, die hierin sehr empfindsamen Kaschuben sehr schmerzlich berührt.

An die Information des „Dziennik Bydgoski" anknüpfend, schreibt die patriotische „Gazeta Kaszubska", daß Herr Kowalski den eifrigsten Starosten Pommerellens angehöre und ein sehr befähigter Verwaltungsbeamter gewesen sei. Es erfülle daher auch allgemein mit Verwunderung, daß ein so hervorragender Starost im besten Mannesalter in den Ruhestand versetzt wurde. Nach Rückkehr aus bolschewistischer Gefangenschaft trat Herr Kowalski als Offizier in das polnische Heer ein und organisierte das bekannte kaschubische Regiment. Nach seinem Austritt aus dem Heere wurde er Referent im Wojewodschaftsamt in Thorn, später war er Starost in Karthaus und Berent, in den letzten Jahren in Schwetz a/W. — In der Überschrift, so unterstreicht der „Dziennik Bydgoski" weiter, schreiben wir absichtlich „vorletzter" Starost von pommereller Geblüt, denn in Pommerellen verblieb jetzt nur noch ein Pommereller als Starost (Herr Ornaß in Zempelburg). Im Jahre 1920, bei der Übernahme Pommerellens, hatten wir 18 gebürtige Pommereller als Starosten. Die Entfernung der verdienten Agitatoren aus der Verwaltung straft die nicht aufrichtigen Bankettreden unter der Devise: „Alles für Pommerellen!" Lügen.

---

d. **Gdingen (Gdynia)**, 11. Oktober. Eine gefährliche Diebesbande, die hier zahlreiche Einbrüche verübt hatte, wurde gestern von der Polizei unschädlich gemacht. In der Wohnung des Kukawki erbrachen die Täter die Entreetüre und gelangten dann mittels Nachschlüssel in die einzelnen Zimmer, wo sie Mäntel, Kleider, Wäsche, eine Schreibmaschine, einen Radioapparat, 200 Złoty, einen Photoapparat und anderes stahlen. Die Nachforschungen führten zur Verhaftung der Täter: W. Grzechowiak, K. Balicki und St. Goworowski, die schon mehrfach vorbestraft sind. Goworowski und Balicki führten in Kielau eine chemische Waschanstalt und konnten bei Entgegennahme von Bestellungen bzw. bei der Ablieferung der Wäsche die Lage der Wohnungen genau kennen lernen! — Infolge Undichtigkeit des Schornsteins entstand gestern in der Wohnbaracke des Anton Kwiatkowski in der Danzigerstraße Feuer, das schnell von der Feuerwehr gelöscht werden konnte. Der Schaden beträgt 300 Złoty. — In der Restauration Słupski wurde gestern der Kaufmann K. Cwikliński von hier schwer bestohlen. Auf bisher unbekannte Weise wurden ihm 470 Złoty entwendet. Die Polizei verhaftete den Täter in der Person des Eisenbahnschlossers Joh. Benderski. Bei der Leibesrevision wurden bei ihm noch 315 Złoty gefunden, die der Geschädigte zurückerhielt. — Zwei Autounfälle ereigneten sich gestern infolge Unnüchternheit der Wagenführer, wobei der Be-

Thorn.

Polstermöbel

Neben unseren altbekannten, guten schweren Qualitäten jeder Art fabrizieren wir jetzt auch etwas leichtere Sorten zu konkurrenzlos billigsten Preisen bei fachgemäßer Ausführung u. zw.:

Auflegematratzen	von zł 18.— an
Chaiselongues	von zł 36.— an
Sofas	von zł 125.— an
Klubgarnituren	von zł 375.— an

Gebrüder Tews, Toruń

Telefon 84 7982 Mostowa 30

Größtes und ältestes Möbelausstattungshaus am Platze!

Möbel-Reparaturen, Aufpolstern und Modernisieren alter Polstermöbel in eigenen Werkstätten bereitwilligst sofort.

Nehme Kind. i. Pflege. Off. u. A. 894a. A.-E. Wallis, Toruń. 8268

Ehrliche, evangelische **Wirtin** 42 J., sucht Wirkungskr. Dauerstell. m. kl. Vergt. bevorz. Off. u. W. 889 an A.-E. Wallis, Toruń. 8204

Solid., kinderl. Ehepaar sucht ab 1. 12. 8242 **3-Zimmer-Wohng.** in nur gut. Hause. Ang. unt. Z. 891 an A.-Exp. Wallis, Toruń, erbeten.

J. ev. Mädch. m. g. Zgn. sucht Stellg. bei Dame, Herrn od. Ehep. Off. u. B. 3899 a. d. Gst. d. Ztg.

Justus Wallis

Bürobedarf — Papierhandlung

Toruń.

Gegründet 1853.

Kirchl. Nachrichten.

Sonntag, d. 16. Okt. 1932 (21. Sonntag n. Trinitatis)

* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.

Altstädt. Kirche. Sonnabend, 7½ Uhr Wochenendandacht, Pfr. Heuer, Sonntag, vorm. 12 Uhr Kindergottesdienst.

St. Georgen-Kirche. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Pfarrer Steffani, 11¼ Uhr Kindergottesdienst, Mittwoch, ab. 7 Uhr Bibelstunde im Konfirmandenzimmer.

Reform. Kirche (an d. Feuerwache). Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Pfr. Anuschek.

Gramtschen. Vormitt. 10 Uhr Gottesdienst, Konfirmation*, Sup.-Verw. Herrmann.

Grabowitz. Nachm. 3 Uhr Konfirmation* Sup.-Verw. P. Herrmann.

Podgorz. Nachm. 3 Uhr Gottesdienst, Vik. Arnstadt.

Luben. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Erntedankfest dan. Kindergottesdienst.

Rentschkau. Nachm. 3 Uhr Gottesdienst.

Groß Bösendorf. Vorm. 10 Uhr Hauptgottesdienst, 11¼ Uhr Kindergottesdst., nachm. 2 Uhr Gottesdienst in Guttau.

Ostrometzko. Vormittag 10 Uhr Gottesdienst.

Culmsee. Vorm. ½9 Uhr Kindergottesdienst, 10 Uhr Gottesdienst, nachm. 3 Uhr Kirchenchor.

Seglein. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst.

Wittenburg. Vormittag 9 Uhr Gottesdienst, nachm. 2 Uhr Jungmädchenverein.

Polkau. Vorm. ½11 Uhr Gottesdienst.

Graudenz.

Beginn der Tanzstunde für Erwachsene am 20. Oktober, für Fortgeschrittene am 21. Oktober. **Ilse Freise.** Anmeldungen Hallera 24. Telefon 844. 8224

Achtung Hausbesitzer. Uebernehme Führung der Hausmeldebücher nach den neuen Verfüg. u. Bestimm. d. Polizeiverwalt.-Behörd. Off. u. Nr. 8271 a. d. Geschst. A. Kriedte, Grudziądz.

Damenhüte werden sauber umgepreßt nach neuest. Fasson von 2,50—4 Zł.; auch werden sämtliche Pelzsachen umgearbeit. **J. Mania,** 8105 Plac 23go stycznia 24.

Damen m. lang. Haar empf. s. tücht. **Friseuse** zum täglichen Frisier. i. Hause; Damen m. Bubik. a. Wunsch a. einmal wöchentl. Gefl. Off. u. Nr. 8273 a. d. Gst. A. Kriedte, Grudziądz.

Suche Lastauto zum Abfahr. von ca. 3000 Ztr. Zuckerrüben n. Swiecie. Off. mit Preis pro Ztr. an **Goertz, Niem. Stwolno,** p. Sartowice, Telefon 4. 8270

Obstbäume 8249 **Johannisbeeren** und **meltaufr. Stachelbeeren** verkauft **H. Reddmann, Grudziądz,** Lipowa 44.

Zwei gut 8269 **möbl. Zimmer** auch einzeln, an besser. Ehep., berufstät. Dame od. bess. Herrn evtl. mit Pension zu vermieten **ul. Groblowa 23,** 1 Tr.

Deutsches Clubhaus S. C. G.

Wybickiego 38/40.

Am Sonnabend, dem 15. Oktober, 20 Uhr spricht Herr Diplom-Landwirt **Dr. Oberländer,** Königsberg, über:

„Aus Kultur und Wirtschaft der Sowjet-Union" 8275

wozu wir alle interessierten Kreise einladen. **Der Vorstand.**

Kirchl. Nachrichten.

Sonntag, d. 16. Okt. 1932 21. Sonntag n. Trinitatis)

* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.

Evangel. Gemeinde Graudenz. Vorm. 10 Uhr Pfarr. Dieball, 11½ Uhr Kindergottesdst., Montag, abds. 8 Uhr Jungmädchenverein, 8 Uhr Jungvolk-Heimabend, Dienstag, ab. 8 Uhr Posaunenchor, Mittwoch, nachm. 5 Uhr Bibelstunde, abds. 8 Uhr Kirchenchor, 8 Uhr Jungvolk-Heimabend, Donnerstag, abends 8 Uhr Jungmänner-Verein, Freitag, nachmittag 4 Uhr Frauenhilfe.

Stadtmission Graudenz, Ogrodowa 9—11. Vormitt. 9 Uhr Morgenandacht, ab. 6 Uhr Evangelisation, 7 Uhr Jugendbund, 2 Uhr Andacht in Schönbrück, Montag, abds. ½8 Uhr Musikstd., Dienstag nachm. 4 Uhr Sternchenbund, abds. 7 Uhr Andacht in Treul, Mittwoch, nachm. 4 Uhr Frauenstunde, abds. ½8 Uhr Gesangstunde, Donnerstag, abds. ½8 Uhr Bibelstunde, Freitag, ab. 7 Uhr Andacht in Klodtken.

Piasken. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst* in Pientken, Pfr. Gürtler.

Rehden. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst, nachmitt. ½3 Uhr Jungmädchenversammlung.

Mockrau. Vorm. 10 Uhr Kirchenvisitation d. Herrn Sup. Bandlin, dan. Sitzung des Gemeindekirchenrats, nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst.

Tuchel. Vormitt. 10 Uhr Lesegottesdienst.

amte Fr. Henrykowski schwer verletzt wurde. Beide Wagen wurden schwer beschädigt, so daß der entstandene Sachschaden sich auf ungefähr 2000 Złoty beläuft. — Spurlos verschwunden ist gestern der Händler Joh. Sokołowski, wohnhaft in der Hafenstraße. Der Genannte erhielt zwecks Einkaufs von Tabakwaren eine größere Geldsumme, mit der er Gdingen in unbekannter Richtung verließ. — Überfallen wurde gestern nacht in der Danzigerstraße H. Westfalewicz, der von Passanten bewußtlos aufgefunden wurde. Die Polizei ist auf der Spur der Täter.

tz **Konitz** (Chojnice), 12. Oktober. Der katholische Gesellenverein gab am vergangenen Montag für seine zum Militär eingezogenen Mitglieder einen Abschiedsabend. Die Gesangsabteilung des Vereins verschönte den Abend durch einige Lieder. Malermeister Paul Konrad richtete im Namen des Vereins Abschiedsworte an die die Stadt verlassenden Mitglieder und ein kleines Tanzkränzchen beschloß den gemütlich verlaufenen Abend. — Eine etwas unangenehme Aussprache hatte ein Hausbesitzer aus der Schlochauerstraße mit seinem Mieter. Die Frau des Mieters hielt es für ihre eheliche Pflicht, als Reservetruppe ihrem Mann zu Hilfe kommen zu müssen. Als Waffe wählte sie einen eisernen Haken, mit dem sie auf den Wirt einschlagen wollte. Der Wirt mußte, leichtverletzt, das Schlachtfeld räumen. — Die für Sonntag angesetzte Herbstregatta des Seglerklubs Konitz mußte ausfallen, da wegen des regnerischen, kalten Wetters nur wenige Segler sich eingefunden hatten. — Am Montag sollten in Müskendorf die vom Finanzamt gepfändeten Boote des Klubs zur Versteigerung gelangen. Nach Ansicht der Steuerbehörde hat nämlich der Klub noch Steuern für den früheren Klubhauspächter zu zahlen. Da der Klub leider über keine großen Geldmittel verfügt, da er seine ganzen Einnahmen zur Verschönerung und Verbesserung der Klubeinrichtungen und Anlagen verwerdet, er sie somit also in den Dienst der Allgemeinheit stellt, konnte er die vom Steueramt geforderte Summe nicht auftreiben. Es wurden daraufhin an einem schönen Sonntage die drei dem Klub gehörenden Boote gepfändet. So ist der Kreislauf vollendet. Das Boot „Podlotek", das dem Klub vom Staat geschenkt wurde, gehört nun wieder dem Staate.

h. **Löbau** (Lubawa), 12. Oktober. Der Auftrieb von Vieh zum letzten Jahrmarkt war zufriedenstellend, leider war der Umsatz äußerst gering. Für Jungvieh je nach Qualität zahlte man 40—85 Złoty, für Milchvieh 110—160 Złoy. Bei Pferden fanden überhaup keine Transaktionen statt. — Ein Unglücksfall ereignete sich in diesen Tagen auf dem Gute Czachowki beim Getreidedreschen. Als das Signal zur Mittagsstunde gegeben wurde, stieg die Arbeiterin Władysława Wierzbicka nicht auf der Leiter vom Staken, sondern ließ sich leichtsinnigerweise am Stiel einer Stakforke herunter. Sie verlor dabei das Gleichgewicht und die Forke drang ihr in den Leib ein. Die Unglückliche brachte man sofort ins Krankenhaus, wo sie unter schweren Qualen am folgenden Tage starb.

* **Schwetz** (Świecie), 12. Oktober. An den Folgen einer Schlägerei verstarb am 25. September Fabian Czarnojan aus Pólwies hiesigen Kreises. Dieser wurde am 9. August d. J. durch die Brüder Bernhard und Alfons Maciejewski von dort, mit denen er in Streit geraten war, durch Spatenhiebe, Fußtritte und Messerstiche an Kopf und Körper verletzt, sein Zustand wurde von dem hinzugezogenen Arzt jedoch für nicht lebensgefährlich angesehen. Cz. konnte eine Woche nach der Schlägerei wieder seiner Arbeit nachgehen, nach vier Wochen öffnete sich jedoch eine Kopfwunde und begann wieder zu eitern. Wie die Leichensektion ergab, ist der Tod infolge Gehirnentzündung eingetreten, die durch einen Schädelbruch verursacht war. Die „schlagfertigen" Brüder Maciejewski wurden verhaftet.

g. **Stargard** (Starogard), 12. Oktober. **Der Mörder Bruno Wenski aus Stargard, der am 3. 9. Jan Glinski durch Revolverschüsse tötete, wurde von der hiesigen Strafkammer zum Tode durch Erhängen verurteilt. Der Verurteilte nahm das Urteil an und verzichtete auf das Gnadengesuch.** — Unter dem 16. September d. J. meldeten wir, daß den jüdischen Firmen „Zgoda" und „Bazar Tani" die Schaufenster eingeschlagen wurden. Nachdem die Fenster erneuert wurden, sind heute nacht wieder die Schaufenster derselben Firmen vollständig zertrümmert worden. Doch konnte man die Übeltäter diesmal festnehmen, und zwar den Kaufmannsgehilfen Witold Jankowski und Bureauvorsteher Felix Marchlewicz, beide Anhänger des Lagers des Großen Polen. — Bei dem Besitzer Josef Kajzer aus dem Dorfe Kollenz (Kolincz) bei Stargard brannte das Wohnhaus mit sämtlichen Möbeln nieder. Das Feuer entstand durch den schadhaften Schornstein. Der Schaden beträgt 7000 Złoty, welcher zum Teil durch Versicherung gedeckt ist. — Ferner brannte bei dem Besitzer Josef Łaszak in Wda hiesigen Kreises die Scheune mit dem Stallanbau nieder. Ein Pferd und Ackergeräte wurden ein Raub der Flammen. Die Entstehungsursache ist bis jetzt noch nicht festgestellt. Der Schaden beträgt 2500 Złoty und ist durch Versicherung gedeckt.

x. **Zempelburg** (Sępólno), 11. Oktober. In der Nacht zum Montag brach auf dem kleinen Anwesen des Besitzers Wilhelm Jurkowski in dem unweit der Stadt gelegenen Dorfe Schönhorst ein Schadenfeuer aus, durch welches das Wohnhaus bis auf die Umfassungsmauern ein Raub der Flammen wurde. Da das Feuer an dem auf dem Hausboden lagernden Heu reichlich Nahrung fand, konnte die hiesige Feuerwehr bei ihrem Eintreffen nicht viel ausrichten und mußte sich auf die Rettung des Hausmobiliars beschränken, das auch — ebenso wie dasjenige des Flurnachbars des J. — in Sicherheit gebracht werden konnte. Die Entstehungsursache ist unbekannt. Der Schaden von ca. 1500 Złoty ist durch Versicherung gedeckt. — In der Zeit vom 5. bis 8. d. M. gelangten auf dem hiesigen Standesamt zwei Geburten (weibliche) und zwei Todesfälle zur Anmeldung.

Der Prozeß vor dem Staatsgerichtshof.

Das Rededuell der Parteien.

Der gegenwärtig vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig verhandelte Staatsprozeß beansprucht sowohl vom staatsrechtlichen als auch vom politischen Standpunkte ein besonderes Interesse; wir tragen deshalb die am ersten Verhandlungstage dort gehaltenen Reden, in denen die Gegensätze der Parteien scharf akzentuiert hervortreten, und aus denen klar ersichtlich ist, um was es sich bei dieser großen Staatsaktion handelt, in extenso hier nach.

Außerhalb der Tagesordnung erhält dann der Hauptsprecher der preußischen Vertretung, Ministerialdirektor Dr. Brecht, das Wort zu folgender Erklärung:

„Was will Preußen mit seiner Klage? Es will keinen Angriff gegen den Herrn Reichspräsidenten richten. Die preußischen Staatsminister haben keinen Zweifel an dem grundsätzlichen Willen des Herrn Reichspräsidenten, die Verfassung zu wahren. Sie sind alle Wähler des Herrn Reichspräsidenten; sie haben sich mit allen ihren Kräften für die Wahl eingesetzt und erhalten dem Herrn Reichspräsidenten die Verehrung, die ihm als deutschem Reichsoberhaupt gebührt. Wohl aber bestreiten sie auf das entschiedenste die Richtigkeit der Informationen, die dem Herrn Reichspräsidenten gegeben worden sind und die Richtigkeit der Auslegung der Reichsverfassung, die man ihm vorgetragen hat. Gegenstand unserer Klage ist nicht die politische Zweckmäßigkeit des Vorgehens der Reichsregierung, nicht einmal die gute Absicht der Reichsregierung, sondern lediglich die rechtliche Zulässigkeit ihres Vorgehens.

Gegenstand des Streites ist vor allem die Befreiung Preußens und seiner Minister von dem die Ehre des Landes und seiner Vertreter aufs tiefste kränkenden Vorwurf, daß das Land Preußen die ihm nach der Reichsverfassung und den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt habe und daher sequestriert werden könne und müsse.

Preußen und die preußischen Minister nehmen es an Reichstreue mit jedem auf, sei er, wer er wolle. Der preußische Ministerpräsident und die Staatsminister erwarten mit Bestimmtheit eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes, wonach die Verordnung in der Form, in der sie ergangen ist, aufgehoben werden muß. Dann ist es Sache des politischen Geschicks, eine andere Lösung zu finden, bis der Landtag eine neue Regierung ernennt. Insbesondere hinsichtlich der Union Reich — Preußen sind die Bestrebungen in neuer besserer Form fortzusetzen und verfassungsmäßig zu regeln. Die preußischen Minister setzen ihre Person dabei vollständig zurück. An der Personenfrage wird es nicht scheitern; aber die politischen Probleme zu meistern, ist nicht Angelegenheit dieses Verfahrens, in dem es sich nur darum handeln darf: Recht ist Recht."

Im Namen der Bayerischen Regierung gab Staatsrat Jan die folgende Erklärung ab: Der Sinn der bayerischen Klage ist ein durchaus anderer als der Sinn der preußischen Klage. Die bayerische Klage richtet sich nicht unmittelbar gegen die Verordnung vom 20. Juli; sie richtet sich nicht in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft. Es kommt darauf an, im bundesfreundlichen Sinne die Grundlage für die zukünftige Anwendung des Art. 48 zu finden.

Für die Badische Regierung erklärte Ministerialdirektor Dr. Fecht: Auch der Badischen Regierung kommt es darauf an, die absoluten und relativen Grenzen festzustellen, welche der Reichsregierung hinsichtlich der Anwendung des Art. 48 gezogen sind. Die Badische Regierung hält diese Feststellung für nötig, nachdem auch nach ihrer Meinung beim Vorgehen des Reiches gegen Preußen eine Auffassung der Reichsregierung zutage getreten ist, die die Badische Regierung als mit der Verfassung nicht mehr für vereinbar anzusehen vermag. Die Badische Regierung befürchtet, daß der bundesstaatliche Charakter des Reiches in Frage gestellt und daß die durch die Verfassung gewährleistete Eigenstaatlichkeit der Länder vernichtet werden kann. Die verehrungswürdige Person des Reichspräsidenten wird nach Auffassung der Badischen Regierung durch den Austrag dieses Rechtsstreites in keiner Weise berührt.

Hierauf erhielt für die Klageparteien zunächst Ministerialdirektor Dr. Brecht das Wort zur Erörterung der Vorgänge vom 20. Juli. Einleitend führte er aus:

Seit den Septemberwahlen 1930 besteht eine eigenartige Krise im deutschen Parlamentsleben, nicht nur in Preußen, sondern auch im Reich und in anderen Ländern. Nicht jede Krise im Parlamentsleben ist zunächst eine Krise des Parlamentarismus. Die besondere Krise des deutschen Parlamentslebens ist auf die großen, steigenden Wahlerfolge der NSDAP. zurückzuführen. Nach parlamentarischen Regeln war es an sich erwünscht, die NSDAP. an die Regierung zu lassen; nicht nur aus Gründen der Ritterlichkeit, sondern weil in dem Zwang zur Verantwortung der tiefe Sinn des parlamentarischen Systems liegt. Aber es bestand ernster Zweifel an der legalen Ausübung der Macht durch die NSDAP., die selbst verlangte: Alles oder nichts. Das Problem, ob man unter diesen Umständen der NSDAP. die staatliche Macht in die Hand geben kann, ist seit zwei Jahren und noch heute das große Problem der inneren Politik. Eine Mehrheit hat die NSDAP. weder im preußischen Landtag noch im Reichstag. Bisher haben alle verantwortlichen Stellen es abgelehnt, der NSDAP. als Minderheit die entscheidende staatliche Macht in die Hand zu geben; das haben abgelehnt der Herr Reichspräsident und der Reichskanzler Brüning vom September 1930 bis Mai 1932, der Preußische Landtag vom Frühjahr 1932 bis heute, der Herr Reichspräsident und Reichskanzler von Papen Mitte August und nochmals Ende August. Die Ablehnung von Papens ging soweit, daß er ernste Versuche von Zentrum und NSDAP., zu einer parlamentarischen Basis zu gelangen, politisch durchkreuzte. In diesem verhältnismäßig gleichmäßigen Ablauf hat es eine Episode gegeben: Die Einigung von Papen — Hitler. Diese dauerte vom 1. Juni bis 13. August. Sie begann mit einem Vertrag. Die NSDAP. versprach der Regierung Papen als Präsidialkabinett die Unterstützung und zwar ohne nationalsozialistische Beteiligung und für die ganze Dauer des Kabinetts. Dieses Versprechen gaben die Nationalsozialisten natürlich nur gegen bestimmte Zusicherungen ab. Diese waren u. a. Aufhebung des Uniformverbots, Wiedererlaubnis der verbotenen Sturmabteilungen, Beseitigung der jetzigen Preußischen Regierung, insbesondere der Leitung der Polizei. Am 14. Juni erfolgte darauf die versprochene Aufhebung des Uniform-Verbotes und des Verbotes der Sturmabteilungen. Am 28. Juni wurde den Ländern verboten, etwas ähnliches für sich allein zu machen. Sodann kam die Anknüpfung direkter Beziehungen zwischen dem Reichskanzler und dem nationalsozialistischen Landtagspräsidenten Kerrl, um eine Rechtsregierung in Preußen zustande zu bringen, und schließlich am 20. Juli die Einsetzung des Reichskommissars für Preußen. Am 13. August folgte dann die Entzweiung mit der NSDAP.

Dr. Brecht schilderte dann die Bedeutung der Episode Papen — Hitler vom polizeilichen Standpunkt und vom Standpunkt der Länder. Er verwies darauf, daß im Jahre 1931 scharfe Verordnungen zur Wieedrherstellung von Ruhe und Ordnung erlassen worden waren, die am 8. Dezember durch das allgemeine Uniformverbot und am 13. April 1932 durch die Auflösung der nationalsozialistischen Sturmabteilungen gekrönt wurden. Gerade diese Maßnahmen seien damit begründet worden, daß eine militärisch organisierte Macht folgerichtig zu Zusammenstößen und zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen führen könne. Hier sei also das erste Mal von den bürgerkriegsähnlichen Zuständen gesprochen worden, auf die die Reichsregierung jetzt hinweise. Auf der Rechtsgrundlage der erwähnten Verordnungen habe die Polizei ihren schweren Dienst verrichtet. Mitten in diesem Kampf mußte plötzlich von einem Tag zum andern das Steuer herumgerissen werden. Die Länder protestierten aufs lebhafteste dagegen und erklärten, daß in diesem Augenblick gar keine Gefahr des Aufflammens der kommunistischen Bewegung bestehe. In diesem Zusammenhang verwies Dr. Brecht auf die kürzlich veröffentlichte Statistik der Todesopfer, die bis Mitte Juni monatlich etwa acht bis zehn Tote verzeichnete, während von da ab ein starkes Anschwellen zu verzeichnen war. Der Kausal-Zusammenhang der ganzen Ereignisreihe liege klar zutage: Die Aufhebung des Uniformverbots und die Steigerung der Unruhen, die darauf einsetzten und ebenso der Zusammenhang zwischen den Abmachungen bei der Einsetzung der Regierung von Papen und ihrer Unterstützung durch die Nationalsozialisten auf der einen Seite und das Vorgehen gegen die Preußische Regierung auf der anderen Seite. Es liege ihm fern, politische Angriffe gegen die Reichsregierung zu richten. Es handle sich nur um die rechtliche Zulässigkeit der Maßnahmen. Es sei wie bei allen politischen Ermessensfragen das gute Recht der Reichsregierung, andere Ansichten zu haben, als etwa ihre Vorgängerin und als die Länder, aber auch die Länder hätten dieses gute Recht. In dem Kampf gegen verbrecherische Vorkommnisse, die aus dem Lager der äußersten Rechten kamen, habe es zwei Möglichkeiten gegeben: die kriminalistische Bekämpfung und den politischen Versuch, die psychologischen Grundlagen zu ändern, aus denen heraus die Verstöße begangen wurden. In den Kreisen des Reichskanzlers von Papen habe man offenbar den zweiten Weg gehen wollen, um so den Aufbauwillen der nationalsozialistischen Bewegung zu betonen und zu bestärken. Aber dabei hätte er die Grenzen der Verfassung wahren müssen und das sei bei der Absetzung der Preußischen Regierung nicht geschehen.

Als nach einer längeren Mittagspause Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke die Verhandlung wieder eröffnet, wünscht der preußische Vertreter, Ministerialdirektor Dr. Brecht, seine Ausführungen abzuschließen mit einem kurzen Überblick über die Personalpolitik der kommissarischen Staatsregierung.

Der Führer der Vertretung der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. Gottheiner, weist darauf hin, daß dieser Teil des Verfahrens in einem späteren Verhandlungsabschnitt zu erörtern sein würde nach den Dispositionen, die Präsident Bumke vorgeschlagen habe. Auch Präsident Bumke selbst äußert, daß jetzt wohl nicht der geeignete Zeitpunkt zur Aussprache über diese Dinge wäre, weil man augenblicklich nur die Vorkommnisse vor dem 20. und am 20. Juli erörterte. Ministerialdirektor Dr. Brecht deutet darauf hin, daß die Preußische Staatsregierung deshalb Gewicht auf die baldige Erörterung dieser Dinge lege, weil sie die Absicht habe, eine einstweilige Verfügung zu beantragen, wonach während der Dauer dieses Verfahrens vor dem Staatsgerichtshof weitere Ernennungen von Beamten nicht erfolgen dürfen. Die kommissarische Regierung habe nämlich sich zunächst zwar auf die Ernennung von zwei Beamten beschränkt. In der letzten Woche jedoch nicht weniger als 64 Neuernennungen vollzogen, davon mehr als 30 endgültig. Ein solches Verfahren sei vor Abschluß des Prozesses nicht angängig. Er behalte sich vor, am Schluß der heutigen Verhandlungen nochmals auf seinen Wunsch nach einer einstweiligen Verfügung zurückzukommen.

Darauf erhält der

Hauptvertreter des Reiches, Ministerialdirektor Dr. Gottheiner,

das Wort. Dr. Gottheiner führt u. a. aus: Der Vorsitzende hat heute morgen betont, daß in der Verhandlung hier nur erörtert werden soll, was für die Entscheidung des Verfassungsstreites, also für die Entscheidung der Rechtsfragen aus Art. 48 usw. von Bedeutung sei. In Beachtung dieses Grundsatzes werde ich es mir versagen, auf jede Einzelheit einzugehen, die der Vertreter Preußens heute vormittag vorbrachte. Insbesondere müssen nach meiner Ansicht alle Vorgänge aus der Erörterung ausschalten, die nach dem Erlaß der Verordnung vom 20. Juli 1932 sich ereigneten und die nicht mit der Durchführung der Verordnung in rechtlichem Zusammenhange stehen. Selbstverständlich kann man auch für Vorgänge, die der Verordnung vom 20. Juli vorausgehen, eine wesentlich andere Darstellung geben, als es der Vertreter des preußischen Staatsministeriums tat. Ich will auch nach dieser Richtung hin nicht auf alle Einzelfragen eingehen, die Dr. Brecht anschnitt, muß aber betonen, daß die blutigen Vorgänge, die sich seit geraumer Zeit insbesondere im Osten abgespielt haben, bereits zu einer Zeit, die der Verordnung vom 20. Juli lange vorangeht, nach Auffassung der Reichsregierung zu einem wesentlichen Teil auf die völlig einseitige Behandlung zurückzuführen sind, die man der ständig wachsenden nationalsozialistischen Bewegung hat angedeihen lassen. Die Reichsregierung tritt der Auffassung über die Unzweckmäßigkeit ihrer Maßnahmen, die der preußische Vertreter heute vortrug, nachdrücklichst entgegen. Ihre Maßnahmen sollten dem Zweck dienen und haben auch dem Zweck gedient, für den Erregungsstoff, der sich durch die einseitige Behandlung der Nationalsozialisten angestaut hatte, ein Ventil zu schaffen und damit einem politischen Ausbruch, einem Bürgerkrieg vorzubeugen.

Gegenüber Ministerialdirektor Dr. Brecht muß ich noch eines betonen: Es ist nicht wahr, daß zwischen der gegenwärtigen Reichsregierung und der nationalsozialistischen Bewegung irgend eine Vereinbarung getroffen worden sei, welche das Vorgehen gegen die Preußische Staatsregierung zum Gegenstand gehabt habe. Die Reichsregierung hat sich in freier

und verantwortungsbewußter Entscheidung zu den Schritten vom 20. Juli 1932 entschlossen.

Die objektive Sachlage, die das Vorgehen des Reiches für die Verordnung vom 20. Juli notwendig gemacht hat, ist in erster Linie durch die **blutigen Unruhen des Sommers 1932** gekennzeichnet. In einer Zeit höchster Not und Verarmung des deutschen Volkes standen festorganisierte Parteien im Zustand äußerster Erregung kampfbereit einander gegenüber. Die Reichsregierung hat in ihren Schriftsätzen dem Staatsgerichtshof Berichte über die blutigen Vorgänge in Ohlau am 10. Juli und in Altona am 17. Juli sowie über die umfangreichen Waffenschiebungen in Suhl vorgelegt. Hier waren Angreifer nicht die Nationalsozialistischen, sondern Angehörige der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei. Bei den Polizeimaßnahmen haben in diesen Fällen zwar die Exekutivbeamten, insbesondere in Altona, ihre Pflicht getan, nicht aber die verantwortlichen Leiter der Polizei. So hat trotz der gespannten Lage z. B. der Polizeipräsident in Altona es für richtig gehalten, nicht persönlich Dienst zu tun, sondern sich vertreten zu lassen. Diese Vorgänge waren nur einzelne Symptome einer überaus gefährlichen Gesamtlage. In der Presse wurde allgemein bereits von einem Zustand des Bürgerkrieges gesprochen.

Diese Gefahrenlage, die am stärksten in Preußen hervortrat, wurde für dieses Land durch das Verhalten und die parteipolitische Lage der damaligen geschäftsführenden Preußischen Regierung erheblich gesteigert. An der Staatsfeindlichkeit der kommunistischen Partei — das kann man wohl ohne jeden Zweifel aussprechen — ist nicht zu zweifeln. In zahlreichen Urteilen des Reichsgerichtes sind die revolutionären Ziele und die planmäßig auf Bürgerkrieg und gewaltsamen Aufstand gerichteten Bestrebungen dieser Partei zur Genüge nachgewiesen. Gerade aber diese Partei konnte vermuten, daß die damalige Preußische Regierung aus parlamentarisch-taktischen, wie aus anderen Gründen, gegen die Kommunisten nicht mit letzter Entschiedenheit vorgehen werde, sondern sich die Möglichkeit einer gemeinsamen Front gegen den Nationalsozialismus offen halte, und daß sie sich mit den Kommunisten in dem gemeinschaftlichen Gegensatz zu den Nationalsozialisten verbunden fühle.

Am zweiten Verhandlungstage

entwickelte sich zwischen den Prozeßbeteiligten und dem Vorsitzenden des Gerichtshofes, Reichsgerichtspräsidenten Bumke, eine lange Diskussion über eine Reihe von Einzelfragen. Der Vertreter Preußens, Dr. Brecht, sagte, die preußischen Minister würden es im Interesse des Landes nicht abgelehnt haben, mit dem Reichskommissar zusammenzuarbeiten, wie es jetzt die Staatssekretäre tun; in diesem Sinne hätten sich auch mehrere Minister bereits am Vormittag des 20. Juli geäußert. Ministerialdirektor Dr. Gottheiner meint demgegenüber, das Schreiben der preußischen Minister vom 20. Juli könnte nicht anders aufgefaßt werden, als daß die Minister eine Zusammenarbeit mit dem Reichskommissar und der kommissarischen Regierung abgelehnt hätten.

Zu verschiedenen Zeugenbenennungen erklärte der Vorsitzende sodann, daß es sich bei diesen Zeugen, soweit er sehe, um Parteien handele. Auch wenn der Staatsgerichtshof noch so souverän sei, so fehle ihm doch die prozessuale Berechtigung, Parteien, wie z. B. den Minister Severing und den Reichskanzler von Papen als Zeugen zu vernehmen. Mit Bezug auf die Unterredung zwischen Freiherrn von Gayl und Severing halte er schriftliche Erklärungen der beiden Minister für ausreichend. Solche Erklärungen würden zweifellos vom Staatsgerichtshof als richtig anerkannt werden. Was die Beziehungen zwischen der Regierung von Papen und den Nationalsozialisten betreffe, so fehle es noch an der Präzisierung der Behauptungen. Nach den verschiedenen Veröffentlichungen scheine es kaum bestreitbar zu sein, daß Einigkeit zwischen der Regierung von Papen und den Nationalsozialisten darin bestand, daß mit der Preußischen Regierung Schluß gemacht werden müsse. Er zweifle daran, ob eine Zeugenvernehmung in diesem Punkte weiterführen würde. Dies würde nur dann der Fall sein, wenn die Behauptungen, über die die Zeugen vernommen werden sollen, in sehr präziser Form vorgetragen werden.

Prof. Dr. Heller, der Vertreter der Sozialdemokratischen Fraktion des Preußischen Landtages, meint, mit der Ladung des Herrn von Gleichen und anderer Mitglieder des Herren-Klubs solle bewiesen werden, daß von einer unabhängigen und unparteiischen Regierung, die nur die Bürgerkriegslage bekämpfen wollte, gar keine Rede sein könne, daß vielmehr sehr klare parteipolitische Abmachungen bestanden. Er behaupte aber selbstverständlich nicht, daß die Abmachungen mit der Nationalsozialistischen Partei das einzige Motiv für die Reichsregierung gewesen seien. Ministerialdirektor Dr. Badt, der erste Vertreter der Preußen-Regierung erklärt, daß die Beseitigung der Preußischen Regierung nur der Schlußstein eines Planes gewesen sei, der seit zehn Jahren in den Kreisen des Reichswehrministeriums besprochen worden sei und der auch der Lieblingsplan des Generals von Schleicher war, nämlich den Dualismus Reich — Preußen mit Hilfe des Art. 48 zu beseitigen. Das sei auch beim Reichsgericht aktenkundig durch das Hochverratsverfahren gegen Justizrat Dr. Claß im Jahre 1926.

Hierauf tritt Ministerialdirektor Gottheiner den verschiedenen Äußerungen der Gegenseite entgegen. Namentlich erklärt er, **daß keinerlei Abmachungen zu einem Einschreiten gegen Preußen getroffen worden seien. Die Regierung habe sich in freier und verantwortungsbewußter Weise zu dem entschlossen, was am 20. Juli geschehen ist.** Er stimme durchaus dem zu, daß die Frage, ob ein Reichskommissar kommen solle, in der Luft lag. Nachdem Minister Severing in einer für die Reichsregierung unerträglichen Form die Maßnahmen der Reichsregierung gegenüber dem „Vorwärts" kritisiert hatte, stand die Reichsregierung dicht vor dem Entschluß, die Einsetzung des Reichskommissars zu verkünden. Sie hat dann noch gezögert, weil damals der **Erlaß des Ministers Severing gegen den Bürgerkrieg herauskam.** Ihr Entschluß wurde aber wieder bekräftigt, als gleich darauf Minister Severing in den Tennishallen ausrief: „Jagen wir die Reichsregierung davon." Insbesondere waren aber für die Entscheidung der Reichsregierung die Ereignisse vom 17. Juni in Altona maßgebend. Gottheiner protestiert mit aller Energie gegen die Unterstellung, als ob nicht die Erwägung der Schaffung von Ruhe und Ordnung für die Reichsregierung in entscheidendem Umfange maßgebend gewesen wäre.

Reichsgerichtspräsident Bumke betont, es sei kein Zweifel, daß Besprechungen zwischen Nationalsozialisten und der neuen Reichsregierung nahestehenden Persönlichkeiten damals stattgefunden hätten, und daß sich daran gewisse Erwartungen der Nationalsozialisten geknüpft hätten. Es bestehe auch kein Zweifel daran, daß die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen vor dem 20. Juli sehr lebhaft den Wunsch gehabt hätten, die damalige Preußische Regierung zu beseitigen und einen Reichskommissar für Preußen einzusetzen. Das ergebe sich auch aus einem Briefe des Landtagspräsidenten Kerrl an den Reichskanzler, der am 18. Juni geschrieben sei.

Damit ist die Erörterung der tatsächlichen Vorgänge vor dem 20. und am 20. Juli beendet, und es beginnt nun, wie Präsident Bumke erklärte, **eine Prüfung darüber, was durch die Verordnung vom 20. Juli entstanden sei, aber lediglich, soweit es wesentlich sei für die Auslegung der Verordnung oder soweit es in den Anträgen der Parteien angefochten sei.** Die weitere Verhandlung bringt die Fortsetzung des Rededuells zwischen den beiderseitigen Vertretern, Dr. Brecht und Gottheiner.

*

Auf entsprechende Ausführungen Dr. Brechts erklärte Dr. Gottheiner u. a. über die Frage, was denn die kommissarische Regierung sei, das Folgende: Durch die Verordnung vom 20. Juli 1932 sind gemäß Art. 48 der Reichsverfassung besonders geartete Ersatzorgane für den preußischen Ministerpräsidenten, die preußischen Staatsminister und damit das preußische Staatsministerium vom Reiche auf vorübergehende Dauer und unter Vorbehalt des Widerrufs zur Ausübung der Landesgewalt bestellt worden. Dadurch, daß diese Ersatzorgane ihre Befugnis von reichsrechtlicher Grundlage, nämlich vom Artikel 48 der Reichsverfassung ableiten, ergeben sich der Natur der Sache entsprechend einige Modifikationen. Die Ersatzorgane handeln im Namen des Landes.

Dr. Gottheiner trat der Auffassung entgegen, daß es sich um eine endgültige Absetzung der preußischen Minister gehandelt habe. Die Reichsregierung habe die Minister lediglich von der Ausübung ihrer Funktionen enthoben. In der Einleitung der Verordnung vom 20. Juli über die Geltungsdauer der Verordnung trete ausdrücklich ihr vorübergehender Charakter hervor. Wenn „einige Formalitäten" versehen worden seien, so habe das wirklich keine entscheidende Bedeutung. Zu der Frage der Beamtenernennungen und Zur-Dispositions-Stellungen verwies Dr. Gottheiner auf das dem Staatsgerichtshof eingereichte Material und fügte hinzu, daß diese Maßnahmen vom kommissarischen Preußischen Staatsministerium beschlossen worden seien und nicht von der Reichsregierung zu verantworten seien, sondern von der kommissarischen Preußischen Staatsregierung. Wenn auch die Einsetzung der kommissarischen Regierung eine Maßnahme vorübergehenden Charakters sei, so könne doch diese Regierung ihrerseits Maßnahmen von dauerndem Charakter treffen. Das gelte insbesondere auch für beamtenrechtliche Fragen. Auch der Begriff des Kommissars trage das Vorübergehende in sich. Zusammenfassend könne er erklären, daß die Reichsregierung mit dem § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten nur eine vorübergehende Amtsenthebung auch der preußischen Minister habe vornehmen wollen. Eine andere Frage sei natürlich, ob nicht durch eine andere Verordnung auf Grund des Artikels 48 auch eine endgültige Enthebung vorgenommen werden könnte.

Friedrich Ludwig Jahn.

Der Turnvater starb vor 80 Jahren, am 15. Oktober 1852.

Von Georg May.

„Es ist ein hartes Ding, in Deutschland Patriot zu sein." Das ist eine Wahrheit. Jahn, der Begründer der Turnkunst, der Wecker deutschen Selbstbewußtseins und Deuter deutschen Volkstums, hat es ebenso wie Ernst Moritz Arndt und viele andere erfahren müssen, daß der Prophet nichts im Vaterlande gilt, und daß er, wo er gilt und Gefährten in reiner Absicht um sich sammelt, als Demagoge verschrieen wird. Die üble Stickluft metternich-gentzscher Reaktion wollte auch den „Alten im Barte" ersticken und dazu die Liebe und das Vertrauen der Seinen. Nun, Jahn ist heute unvergessen und beliebt, seine Feinde sind noch im Grabe verachtet. Es ehrt den König Friedrich Wilhelm IV. wie kaum etwas anderes, daß er gleich nach der Thronbesteigung an diesen Männern das Gesündigte gut zu machen sich bestrebte. Da ereignete sich dann auch das Kuriosum, daß Jahn ein Vierteljahrhundert nach den Befreiungskriegen das Eiserne Kreuz verliehen bekam. Ein Unrecht gut zu machen ist es nie zu spät, und es hat die Handlungsweise des Königs viel Zorn gelindert. Wer aber hätte auch das eiserne Ehrenzeichen mehr verdient gehabt als Lützows Mitkämpfer, Werber und Organisator! Hatte doch außerdem sein und der Seinen Bestreben um die Ertüchtigung der Jugend in Turnen und Turnspielen reiche Früchte getragen.

Auch heute wirkt sein Schaffen nach; die ganze moderne Frage der Leibesübungen, ja der Eugenik sogar, sind mit durch den Turnvater zur Lösung vorbereitet worden. Denn Stählung des Körpers, Reinhaltung der Seele und Achtung vor sich, vor seinem Mitvolke, vor Gott und Vaterland sind unerläßliche Vorbedingungen für die Jugenderziehung. Rechnet man dazu, daß Jahn in trefflicher Weise der Pflege und Bereinigung der Muttersprache seine Kraft widmete, daß er die Turnsprache schuf und der Fremdwörtelei den Kampf erklärte, so ergibt sich hieraus schon Grund genug, um dankbar seiner zu gedenken! Bei Turnspielen und Wanderfahrten deckte er seinen Schülern den reinen Hort des Volksliedes auf, erzog er sie zur Anspruchslosigkeit und zu dem Bewußtsein von der Einheit des Volkes, das unter Verleugnung von Klassengegensätzen sich inniger an einander anschließen sollte. Frivolität und jegliche Ausschweifung waren verpönt, der Hang zum Ideellen wurde gepflegt, der Blick für das Reale geöffnet. Das war die Schar, die dann sogar gegen einen Napoleon aufstehen konnte!

„Für das Vaterland habe ich als Kind in frommer Ergebenheit gebetet, als Knabe geglüht, als Jüngling in Ahnung geschwärmt und als Mann gelehrt, geredet, geschrieben, gefochten und gelitten." Er, der diese Worte in stolzer Bescheidenheit sprechen durfte, konnte auch am Lebensschluß das Wort sagen, das wir als sein Vermächtnis heilig halten wollen: „Deutschlands Einheit war der Traum meines erwachenden Lebens, das Morgenrot meiner Jugend, der Sonnenschein der Manneskraft, und ist jetzt der Abendstern, der mir zur ewigen Ruhe winkt!" —

Kleine Rundschau.

Das Geheimnis der Erdstrahlen.

Wir veröffentlichten vor einiger Zeit ein Feuilleton über die Auswirkungen der Erdstrahlen und ihre Einflüsse bei Krebserkrankungen und Gewittern. Die Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Erdstrahlungen hat in der letzten Zeit weitere Fortschritte gemacht. So ist es einigen Rutengängern gelungen, Erdstrahlungen an einigen Stellen zu ermitteln, an denen sich öfter Autounfälle ereigneten. Der Kilometerstein 23,9 auf der Landstraße Bremen—Wesermünde hat sich einer traurigen Berühmtheit erfreut, zumal in der letzten Zeit sich dort nicht weniger als 50 Autounfälle ereigneten. Nachdem es einige Wochen schien, als sei der mysteriöse Bann gebrochen, der an dieser Stelle einen Kraftwagen nach dem anderen ins Verderben stürzte und Opfer über Opfer forderte, hat sich jetzt dort ein neues Unglück ereignet. Der in der Umgebung Bremens ansässige Rutengänger Karl Wehrs wollte als Ursache Erdstrahlung entdeckt haben. Diesem Rutengänger ist es nun vorbehalten geblieben, unsere Kenntnis um das Phänomen in erstaunlicher Weise noch weiter zu bereichern. Wehrs hatte im Juni d. J. bei Kilometer 23,9 einen von ihm konstruierten Entstrahlungsapparat vergraben, dem die Aufgabe zufiel, die Strahlungen aufzufangen. Seitdem kam dort kein weiterer Unfall vor. Nun hat Wehrs, wie die „Bremer Nachrichten" melden, in Gegenwart zuverlässiger Zeugen am Sonntag, 2. Oktober, den dort vergrabenen Entstrahlungsapparat wieder entfernt. Einen Tag später war das jüngste Unglück geschehen. Man darf annehmen, daß die Zusammenhänge zwischen Erdstrahlungen und Verkehrssicherheit als ein Problem, dessen Bedeutung für den Schnellverkehr auf der Hand liegt, nunmehr von wissenschaftlicher Seite objektiver Prüfung unterzogen werden, an Material fehlt es nicht. Die Zahlen der Verkehrsunfälle mit der Vernichtung von Gut und Leben sprechen eine dringliche Sprache.

Rundfunk-Programm.

Sonnabend, den 15. Oktober.

Königswusterhausen.

06.35: Von Königsberg: Konzert. 10.10: Stunde der Unterhaltung. 10.45: Übertragung von der 25. Hauptversammlung des Frauenbundes der deutschen Kolonialgesellschaft in der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg: 1. Dr. Brenner, Windhuk: Die Wichtigkeit der Erhaltung des Deutschtums in Südwest-Afrika. 2. Stud.-Dir. Dr. Elsa Matz: Deutsche Kolonien, eine Hoffnung der jungen Generation. 12.00: Wetter. Anschl.: Große Tonwerke (Schallplatten). 14.00: Von Berlin: Konzert. 10.00: Kinderbastelstunde. Wir bauen eine Festwiese (II): Die Schießbude (Ltg.: Ursula Scherz). 15.45: Frauenstunde. Hedwig Stempel-Nebelsieck: Was junge Mütter wissen sollten (1): Pflege und Ernährung des Kleinkindes. 16.00: Ernst Künstler, Leipzig: Ursprung und Bearbeitung des Pelzwerkes. 16.30: Von Hamburg: Konzert. 17.30: Viertelstunde für die Gesundheit. Dr. Thomalla: Das schwer erziehbare Kind. 17.50: Meinhart Maur: Denkwürdige Reden (II). 18.05: Prof. Dr. Georg Schünemann: Musikalische Wochenschau. 18.30: Dr. Joh. Günther: Deutsch für Deutsche (Umgangssprache). 18.55: Wetter. 19.00: Französischer Unterricht. 19.40: Stille Stunde. O stört sie nicht, die Feste der Natur. 20.05: Von Breslau: Heimat in Schlesien. Während der Pause (20.50): Tages- und Sportnachrichten (I). 22.30: Wetter-, Tages- und Sportnachrichten (II). Anschl. bis 00.30: Von Berlin: Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.30: Von Königsberg: Konzert. 11.30 ca.: Von Königsberg: Konzert. 13.05 ca. und 14.05: Schallplatten. 16.00: Die Umschau. 16.30: Unterhaltungskonzert. 18.00: Das Buch des Tages. 19.15: Abendmusik (Schallplatten). 20.00: Aus dem großen Saale des Konzerthauses zu Breslau: Heimat in Schlesien. Konzert der Schlesischen Philharmonie. 22.45—24.00: Von Berlin: Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

06.35—8.15: Konzert. 09.00: Von Danzig: Schulfunkstunde. 11.05: Kleintierfunk. 11.30: Konzert. 13.30: Schallplatten. 15.30: Von Danzig: Bastelstunde für unsere Kleinen. 16.05: Von Berlin: Blaskonzert. 18.30: Dr. Walter Strauß: Die staatsrechtlichen Grundlagen des Freistaates Danzig und des Memelgebietes. 18.55: Kompositionen von Conrad Ansorge (geb. 15. 10. 1862, gest. 13. 2. 1930). 19.55: Wetter. 20.00: Von Langenberg: Musikalisches Durcheinander.

Warschau.

12.45: Schallplatten. 16.30: Schallplatten. 17.00: Konzert des Funkorchesters. 18.00: Leichte Musik. 20.00: Leichte Musik. Funkorchester. Dir.: Nawrot. Solistin: Szczepanska, Sopran. 22.05: Klavierkompositionen von Chopin. Paul Lewiecki. 23.00: Tanzmusik.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

E. W. Exin. Wenn die 50 000 Mark nicht hypothekarisch eingetragen waren, so ist der ganze Betrag nicht einen Groschen wert; bei hypothekarischer Eintragung würden sie einen Wert von 60 Groschen haben.

S. M. W. Es erfolgt natürlich Aufwertung seitens der Sparkasse des Landkreises Bromberg. Diese Kasse wertet auf 8,9 Prozent auf. Für die 2000 Mark haben Sie 42,36 Zloty und für die 4000 Mark 32,20 Zloty zu fordern. Dazu kommen die Ihnen gut geschriebenen Zinsen, die nicht verjährt sind, da sie halbjährlich dem Kapital zugeschrieben wurden.

Helma Nr. 100. Wenn der Eigentümer persönlicher Schuldner ist und das Grundstück denselben Wert hat wie im August 1918, kann der Gläubiger volle Aufwertung verlangen = 5384 Zloty. Ist der Wert des Grundstücks geringer geworden, so muß die Aufwertung diesem Status prozentual entsprechen. Bei einem Wertrückgang um 50 Prozent könnte der Gläubiger nur 2692 Zloty beanspruchen. Ist der Eigentümer des belasteten Grundstücks aber nicht persönlicher Schuldner, so ist er nur mit 18¾ Prozent der Schuldsumme haftbar, d. h. er brauchte nur 1009,50 Zloty zu zahlen.

Eduard B. in K. Wir sind der Ansicht, daß Sie als Nachfolger im Besitze des Geschäfts die rückständigen Beiträge Ihrer Vorbesitzerin nachzuzahlen nicht verpflichtet sind, und daß Sie wegen dieser Beiträge auch nicht gepfändet werden können. Sie können bei Gericht eine Interventionsklage anstrengen.

Pol Nr. 33. Ihr Arbeitgeber durfte Sie nicht fristlos entlassen; er mußte Ihnen mindestens 14 Tage vorher kündigen, und zwar mußte die Kündigungsfrist am Sonnabend resp. an dem Tag, an dem die Lohnzahlung gewöhnlich erfolgte, endigen. Der Arbeitgeber muß Ihnen den ganzen Arbeitslohn für die nicht eingehaltene Kündigungsfrist nachzahlen. Sie können auch für die Überstunden Nachzahlung fordern.

Wirtschaftliche Rundschau.

Englisch-kanadische Zölle in Kraft getreten.

London, 13. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die in den Ottawaer Abmachungen enthaltenen Änderungen der kanadischen Zölle sind in der Nacht zum Donnerstag in Kraft getreten.

Die Beschlüsse der Konferenz von Ottawa werden dadurch in die Praxis umgesetzt. Nach manchen Richtungen hin sind daher für die kommende Zeit manche grundsätzlichen Wandlungen in der Exportlage Mitteleuropas zu erwarten. Die Ottawaer Abmachungen haben für Polen hauptsächlich in der Frage der Baconausfuhr eine ganz besondere Bedeutung, da Kanada bekanntlich ein bestimmtes Einfuhrkontingent dieses Exportartikels zugestanden wurde. Davon, wie Kanada diese Chance auszunutzen imstande sein wird, wird es abhängen, ob eine Gefährdung der polnischen Baconausfuhr eintreten wird.

Die Kohle wird nicht billiger.

Die zuständigen polnischen Regierungskreise hatten vor einigen Tagen Verhandlungen mit den polnischen Kohlen-Konzernen eingeleitet, um eine Herabsetzung des Kohlenpreises auf dem Inlandsmarkt herbeizuführen. Diese Aktion hat jedoch einen Erfolg nicht gezeitigt, die Kohlen-Industriellen haben eine Preissenkung abgelehnt. Wie sie erklären, ist trotz der Winter-Saison der Kohlen-Absatz sehr gering.

*

Wie aus Warschau gemeldet wird, soll die polnische Kohlen-Export-Konvention im Wege eines Schiedsspruches durch die Regierung verlängert werden. Die Verlängerung erstreckt sich für den Zeitraum bis zum 1. April 1933.

Eine Zwangsorganisation für die Ausfuhr von Naphtha-Produkten.

Die polnische Naphthaindustrie ist bekanntlich in den letzten Monaten das Sorgenkind der Polnischen Regierung gewesen, da die Absichten der Regierung, die Naphthaindustrie und die Raffinerien zu Kartellen zu vereinigen, auf große Schwierigkeiten stießen. Unabhängig von den Bemühungen zur Gründung eines Kartells der Naphthaindustrie wurden seit mehreren Monaten Verhandlungen über die Zentralisierung der Ausfuhr von Naphthaprodukten geführt. Der Widerstand, den die Naphthaindustrie diesen Plänen der Regierung dabei entgegensetzte, war jedoch so groß, daß die Regierung nur auf dem Wege der Verordnung ihre Absichten hat durchsetzen können. Am 12. d. M. ist die Bestimmung des Gesetzes vom 18. März d. J. über die Einführung einer Zwangs-Exportorganisation für Naphthaprodukte in Kraft getreten. Diese Bestimmung stützt sich auf die Grundsätze der von der Regierung gewünschten Konzentration. Wie aus Warschau mitgeteilt wird, ist eine entsprechende Verordnung, die die Organisierung des zwangsweisen Zusammenschlusses des Naphthaexportes in die Wege leiten soll, bereits vom Industrie- und Handelsministerium fertiggestellt.

Die diesjährige Kartoffelernte.

Das Statistische Hauptamt in Warschau veröffentlicht jetzt die Erträge der diesjährigen Kartoffelernte. Auf Grund der Mitteilungen der landwirtschaftlichen Korrespondenten ergeben die Schätzungen des Statistischen Hauptamtes einen Kartoffelertrag von 269 Millionen Quintale, d. h. etwa 13 Prozent weniger als im Vorjahre. Das Statistische Hauptamt hat bereits im August eine Schätzung der diesjährigen Kartoffelernte vorgenommen, die jetzt veröffentlichte Schätzung ist um 37 Millionen Quintale kleiner, als die Schätzung vom August. Auf die Verringerung der Kartoffelernte hatten die trockenen Witterungsverhältnisse einen großen Einfluß, die besonders in manchen Gegenden stark zum Vorschein traten. Der Feuchtigkeitsmangel machte sich besonders in den Wojewodschaften Warschau, Lodz, Lemberg und Kielce bemerkbar, in den übrigen Gebietsteilen war der Feuchtigkeitsmangel nicht so groß. In den östlichen Wojewodschaften dürfte die Kartoffelernte am besten ausgefallen sein, da hier der Temperaturausgleich und die Feuchtigkeitsverhältnisse günstig waren.

Was die restliche Getreideernte anbelangt, so gibt das Statistische Hauptamt zur Kenntnis, daß der Auswuchs während der Ernte im allgemeinen sehr gering war. Am stärksten war der Auswuchs bei Weizen und Hafer, am geringsten bei Roggen und Gerste. Einen hohen Grad des Getreideauswuchses notierten die Wojewodschaften Bialystok, Nowogrodek, Wolhynien und Polesien, d. h. die Wojewodschaften, die ein hohes Niederschlagsverhältnis zu verzeichnen haben.

Die Untersuchungen des Weizenrostes, der manche Gegenden Polens in diesem Jahre befallen hat, zeigen im allgemeinen keine größeren Veränderungen, als sie bereits im Monat September veröffentlicht wurden. Die Herbstbestellungen und die Aussaaten fanden teilweise unter günstigen Voraussetzungen statt. Die besten atmosphärischen Voraussetzungen herrschten in den Wojewodschaften Wilna, Nowogrodek, Polesien, Schlesien, Stanislau und Lublin. Unvorteilhafte atmosphärische Einflüsse wurden von allen Korrespondenten aus den Wojewodschaften Posen, Warschau, Lodz, Kielce, Wolhynien, Tarnopol und Lemberg gemeldet.

Die Einlagen der Postsparkasse. Die Spareinlagen der Postsparkasse (PKO.) stiegen im September um weitere 3,8 Millionen Złoty auf 371,3 Millionen Złoty. Die Höhe der Spareinlagen beträgt zusammen mit den wertbeständigen Einlagen 401,1 Millionen Złoty. Mit der Erhöhung der Gesamtsumme der Spareinlagen hat sich auch die Zahl der Sparer vergrößert. Im Laufe des Monats September hat die Postsparkasse 23 796 neue Sparbücher ausgestellt. Die Gesamtzahl der Sparbücher beläuft sich jetzt somit auf 859 338. Mit den von der Valorisierung herrührenden Sparbüchern beträgt die Zahl der Sparbücher 897 087.

Holzkontingentierungs-Verhandlungen mit Polen? Meldungen aus Warschau zufolge wird dort mit dem Beginn von Verhandlungen zwischen der Polnischen und der Deutschen Regierung gerechnet, welche die Beseitigung des zurzeit geltenden Holz-Obertarifes für die Schnittholzverzollung (die Sätze verbieten jede Holzeinfuhr nach Deutschland) und eine Beteiligung Polens an den einzuführenden Schnittholzkontingenten für Nadelholz bezwecken. Wie die „Vossische Zeitung“ erfährt, würde das deutsche Holzgewerbe solche Maßnahmen zum größten Teil billigen, da sie geeignet sein könnten, den Holzimport aus Rußland einzudämmen.

Firmennachrichten.

Bromberg. Zwangsversteigerung des in Grochol, Kreis Bromberg, gelegenen Grundstückes, Grundbuch Grochol, Band 2, Blatt I 28, Inh. T. und R. Grabowski, am 15. November, 9 Uhr, im Burggericht, Zimmer 4. (Fläche 11,5,37 Hektar mit Gebäuden.)

Bromberg. Zwangsversteigerung des in Prądy, Kr. Bromberg, gelegenen Grundstückes, Grundbuch Prądy Band 3, Blatt 60, Inh. Wilhelm Ahl, am 15. November, 11.30 Uhr, im Burggericht, Zimmer 4. (Fläche 21,18,49 Hektar mit Gebäuden und Wassermühle.)

Schubin (Szubin). Zwangsversteigerung des in Elizewo, Kreis Schubin, gelegenen Grundstückes, Grundbuch Elizewo, Band 1, Blatt 10, Inhaberin Stefania Michalowska, am 14. Dezember 1932, im Burggericht, Zimmer 6. Flächeninhalt 1,99,90 Hektar mit Gebäuden.

Posen (Poznań). In Sachen des Konkursverfahrens über das Vermögen der Firma M. Hoffmann i Ska. in Posen, Górna Wilda 137, findet am 20. Oktober, 10 Uhr, im Burggericht, Zimmer Nr. 29, ein Gläubiger-Termin statt.

v. Czersk. Zwangsversteigerung des in Czersk, ulica Król. Jadwigi 1 und ulica Kosciuszki 36, belegenen und im Grundbuch Czersk, Blatt 157 und 888, Inh. Franciszek Szczepański in Czersk eingetragenen Grundstücks (0,24,62 Hektar Ackerland mit Wohn- und Handelshaus, Hofraum, Garten, Maschinenlager, Kohlenschuppen, Stall, Scheune, Speicher sowie 2 Schuppen usw.), am 13. Dezember 1932, 10 Uhr, im Burggericht, Zimmer 8.

v. Thorn (Toruń). Über das Vermögen der Witwe Maria Kuehn in Thorn, Szeroka 43, ist mit dem 1. Oktober 1932 das Konkursverfahren eröffnet worden. Konkursverwalter ist Zygmunt Szymkowiak. Termine: am 28. Oktober 1932 und am 6. Dezember, jeweils 11 Uhr, im Burggericht.

v. Putzig (Puck). Ein weiterer Zahlungsaufschub für 3 Monate wurde den Kaufleuten Maks und Olga Otto in Putzig bis zum 4. Januar 1933 gewährt.

Zusammenbruch der Konjunktur-Hausse?

Rohstoff-Baisse. — Politische Verwickelungen hemmen Wirtschaftsbelebung. — Kampf um den Weltwirtschaftsfrieden.

Aus Newyork wird uns geschrieben:

Der Dollar wieder in Gefahr! Dieses Schreckensgerücht durcheilte vor wenigen Tagen Newyork und führte zu erheblichen Dollarverkäufen, das heißt zu Umwandlungen amerikanischer Noten und Devisen in Noten und Devisen anderer Länder. Hervorgerufen wurden die Angstverkäufe durch die erste Wahlrede des Präsidenten Hoover, der darauf hinwies, daß die amerikanische Währung zu Beginn dieses Jahres aufs höchste gefährdet gewesen sei und daß die Entscheidung, ob Amerika vom Goldstandard abgehen würde, nur an einem seidenen Faden hing.

An sich sind diese Erklärungen Hoovers **nur als ein Wahlmanöver zu betrachten.** Er will gleichsam als Retter des Vaterlandes erscheinen. Amerika hat zwar keine Inflation erlebt wie zahlreiche europäischen Staaten, an der Spitze Deutschland, aber man weiß in den USA. nur zu genau, was Inflation oder auch nur Aufgabe des Goldstandards bedeuten und wollte, wie es die Kapitalisten aller Länder getan haben, sein Vermögen retten. **Hoover, als Verteidiger der Währung, beabsichtigte, sich mit seinen Enthüllungen einen guten Start im Wahlkampf zu sichern.** Seine Taktik hat jedoch im höchsten Grade überrascht. Denn die Äußerungen des Präsidenten, die er jetzt getan hat, stehen im strikten Gegensatz zu den Erklärungen, die er vor einem halben Jahr abgab, als der Dollar allgemein angegriffen wurde. Hoovers etwas verspätete Enthüllungen haben weniger ihm genutzt, als das Vertrauen der Wirtschaft aufs heftigste erschüttert.

Die Gerüchte über den Dollar haben dazu beigetragen, beinahe den letzten Rest des scheinbaren Konjunkturaufschwungs der letzten Monate wieder zu beseitigen.

Die Kurse an der Newyorker Börse, die sich teilweise schon fast verdoppelt hatten, sind seit Wochen teils in langsamem, teils in etwas schnellerem Tempo rückgängig und halten nicht mehr weit entfernt von dem Tiefpunkt. Diese Entwicklung muß insofern überraschen, als sie die Finanzhilfe der letzten Monate, die in erster Linie den Banken zugute gekommen ist, und die sich auf weit über eine Milliarde belief, fast illusorisch macht. Man kann daraus ersehen, **daß allein durch die Zur-Verfügung-Stellung neuer Gelder keine Wirtschaftsbelebung erzwungen werden kann, wenn sie nicht durch ein echtes Anziehen der Konjunktur gefördert wird.**

Davon kann jedoch keine Rede sein. Die Rohstoffhausse, die das Signal für einen Konjunkturumschwung zu sein schien, ist nicht allein längst zum Stillstand gekommen, sondern die Preise für fast alle Rohstoffe sind rückläufig. Der Weizen liegt schwach. Die Getreidepreise waren nicht wie die anderen Rohstoffpreise in die starke Aufwärtsbewegung mithineingezogen, sondern nur relativ geringfügig gestiegen. Unter dem Einfluß von Finanzschwierigkeiten in Kanada, vor allem aber unter dem Druck der großen Ernte, sind die Weizenpreise, ebenso auch der Roggenpreis ständig zurückgegangen. Weiter herrscht seit längerer Zeit eine Baisse für Kupfer vor, das zwar noch um 20 Prozent über seinem Tiefstand steht, aber doch empfindlich unter den Kurs von Anfang Januar 1932 gesunken ist. Günstiger ist die Situation bei Zinn und Zink. Auch Blei notiert erheblich höher als Anfang Juni. Dagegen differiert der Silberpreis nur noch um eine Kleinigkeit von seinem höchsten Stand.

Kaffee ist seit dem Kaffeefrieden rückläufig. Es gibt kaum einen Rohstoffmarkt, der nicht unter einer erheblich preisdrückenden Tendenz steht. Daraus ergibt sich, daß die beträchtlichen Erholungen im Juli und August, die in Erwartung eines Tendenzumschwunges im Herbst 1932 eintraten, alle mehr oder minder wieder verloren sind.

Ist dies nun ein Zeichen dafür, daß mit keinem echten Konjunkturaufschwung zu rechnen ist? Die Antwort lautet: bedingt „ja“. Bedingt deshalb, weil für den Herbst alle Anzeichen für eine Konjunkturbelebung fehlen. So ist, um nur ein Beispiel zu erwähnen, der Auftragsbestand der Stahlindustrie, ein wesentliches Konjunkturbarometer, nur um eine Kleinigkeit gestiegen. Trotzdem braucht man die Hoffnung auf eine Konjunkturbelebung nicht aufzugeben, da

die plötzlich einsetzenden Preissteigerungen zur Genüge gezeigt haben, wie nahe wir bereits an einer Wiederbelebung der Wirtschaft stehen, wenn dazu günstigere Vorbedingungen geschaffen werden.

An diesen fehlt es jedoch im Augenblick völlig, und zwar in einem solchen Maße, daß damit die Hoffnungen auf eine sofortige Wirtschaftsbelebung aufgegeben worden sind. Alle jene Ereignisse, von denen man eine Förderung des Weltwirtschaftsfriedens erwartete, haben sich nicht verwirklicht oder stehen noch aus. Die Unsicherheit über den Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Amerika führt zu einer neuen Unsicherheit in der Schuldenfrage. Denn man weiß noch nicht, welche Politik Amerika einschlagen wird, wenn Hoover nicht zurückkehrt, wofür die größere Wahrscheinlichkeit spricht. Diese wesentliche Frage findet ihre Entscheidung erst in drei Wochen. Sollte Roosevelt gewählt werden, so ist mit einer weiteren politischen Unsicherheit betreffs des erwähnten Problemes auf mindestens ein bis zwei Monate zu rechnen. Dann aber befinden wir uns schon mitten im Winter, dem man überall in der ganzen Welt mit der größten Sorge entgegensieht. Die für den Herbst angesetzte Weltwirtschaftskonferenz in London ist auf den Februar vertagt worden. Das ist gleichbedeutend mit der Aussichtslosigkeit, vor dem Frühjahr 1933 zu einer internationalen Wirtschaftsverständigung größeren Ausmaßes durch Abbau der Zollmaßnahmen, Einfuhrbeschränkungen usw. zu kommen. Außerdem sieht man der Konferenz selbst mit einiger Skepsis entgegen, da das Beispiel von Stresa mit seinem dürftigen Resultat schreckt. **Eine neue Beunruhigung der Weltwirtschaft ist außerdem durch Deutschlands Kontingentpolitik eingetreten, da weitere Kampfmaßnahmen anderer Länder erwartet werden.** Andererseits ist hierzu vom deutschen Standpunkt aus zu bemerken, daß Deutschlands Situation auf einer Weltwirtschaftskonferenz durch die zeitlich begrenzten Maßnahmen günstiger ist als vorher, da es seinerseits bei Entgegenkommen der anderen Staaten entsprechende Gegenleistungen bieten kann.

Unter Berücksichtigung all dieser Momente kann man sich also nicht darüber wundern, wenn der Auftrieb der Weltwirtschaft der letzten beiden Monate nicht nur gestoppt, sondern wieder rückgängig gemacht wurde. Aber es bedarf nur des Sichtbarwerdens des guten Willens zur Verständigung, um den sachlich vorhandenen Auftriebsmomenten zum Durchbruch zu verhelfen. **Dies kann sehr bald der Fall sein, und zwar nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen und den deutschen Reichstagswahlen. In der Urne des Schicksals liegen zwei Lose. Wird das schwarze oder das weiße im Herbst gezogen werden?**

Der Zuckerabsatz in der letzten Kampagne Polens. Im September dieses Jahres wurden am Inlandsmarkte 17 800 To. Zucker gegen 26 000 To. im gleichen Monat des Vorjahres abgesetzt. Der gesamte Zuckerverkauf in der letzten Kampagne, d. h. vom 1. Oktober 1931 bis 31. September 1932 betrug 298 500 To., oder 36 100 To. weniger als in der Kampagne 1930/31. Der Verbrauchsrückgang am Inlandsmarkte betrug in der letzten Kampagne im Vergleich zur Kampagne 1930/31 10 Prozent. Die Ausfuhr im September belief sich nur auf 330 To. gegen 2880 To. im gleichen Monat des Vorjahres. In der letzten Zuckerkampagne, d. h. in der Zeit vom 1. Oktober 1931 bis 31. März 1932 wurden insgesamt 200 400 To. Zucker gegenüber 294 300 To. in der Kampagne 1930/31 ausgeführt.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 13 Oktober auf 5,9244 Złoty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 7½%, der Lombardsatz 8½%.

Der Złoty am 12. Oktober. Danzig: Ueberweisung 57,59 bis 57,71, bar 57,61—57,73. Berlin: Ueberweisung, große Scheine 46,90—47,30. Wien: Ueberweisung 79,31—79,79. Prag: Ueberweisung 377,70—379,70. Paris: Ueberweisung 285,50, Zürich: Ueberweisung 57,90, London: Ueberweisung 30,75.

Warschauer Börse vom 12. Oktober. Umsätze, Verkauf — Kauf, Belgien 123,85, 124,16 — 123,54. Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig 173,60, 174,03 — 173,17, Helsingfors —, Spanien —, Holland —, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London *), 30,86 — 30,56, Newyork 8,919, 8,939 — 8,899, Oslo —, Paris **), 35,06 — 34,89, Prag 26,41, 26,47 — 26,35, Riga —, Sofia —, Stockholm —, Schweiz 172,20, 172,63 — 171,77, Tallin —, Wien —, Italien 45,68, 45,90 — 45,46.

*) London Umsätze 30,70—30,71.

**) Paris Umsätze 34,98—34,97½.

Freihandelskurs der Reichsmark 211,90.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 12. Oktober Geld	Brief	In Reichsmark 11. Oktober Geld	Brief
2.5 %	1 Amerika	4.209	4.217	4.209	4.217
2 %	1 England	14.49	14.53	14.53	14.57
2.5 %	100 Holland	169.48	169.82	169.63	169.97
9 %	1 Argentinien	0.890	0.894	0.890	0.894
4 %	100 Norwegen	72.98	73.12	73.18	73.32
4 %	100 Dänemark	75.17	75.33	75.32	75.48
6.5 %	100 Island	65.53	65.87	65.73	65.87
3.5 %	100 Schweden	74.43	74.57	74.58	74.72
3.5 %	100 Belgien	58.44	58.56	58.48	58.60
5 %	100 Italien	21.56	21.60	21.56	21.60
2.2 %	100 Frankreich	16.515	16.555	16.53	16.57
2 %	100 Schweiz	81.22	81.38	81.32	81.48
6.5 %	100 Spanien	34.47	34.53	34.47	34.53
—	1 Brasilien	0.294	0.296	0.294	0.296
5.84 %	1 Japan	0.989	0.991	0.989	9.991
—	1 Kanada	3.826	3.824	3.816	3.824
—	1 Uruguay	1.738	1.742	1.738	1.742
4.5 %	100 Tschechoslowak.	12.465	12.485	12.465	12.485
6.5 %	100 Finnland	6.254	6.266	6.274	6.286
5.5 %	100 Estland	110.59	110.81	110.59	110.81
6 %	100 Lettland	79.72	79.88	79.72	79.88
6.5 %	100 Portugal	13.20	13.22	13.22	13.24
9.5 %	100 Bulgarien	3.057	3.063	3.057	3.063
7.5 %	100 Jugoslawien	6.094	6.106	6.094	6.006
6 %	100 Oesterreich	51.95	52.05	51.95	52.05
6 %	100 Ungarn	—.—	—.—	—.—	—.—
4 %	100 Danzig	81.92	80.08	81.97	82.13
9 %	1 Türkei	2.008	2.012	2.008	2.012
11 %	100 Griechenland	2.587	2.593	2.587	2.593
—	1 Kairo	14.87	14.91	14.91	14.95
7 %	100 Rumänien	2.517	2.523	2.517	2.523
—	Warschau	46.90	47.30	46.90	47.30

Zürcher Börse vom 12. Oktober. (Amtlich.) Warschau 57,90, Paris 20,31¾, London 17,83, Newyork 5,18⅛, Brüssel 71,90, Italien 26,51, Spanien 42,45, Amsterdam 208,27½, Berlin 123,10, Stockholm 91,60, Oslo 89,75, Kopenhagen 92,50, Sofia 3,73, Prag 15,33, Belgrad 7,25, Athen 3,20, Konstantinopel 2,47, Bukarest 3,07, Helsingfors 7,68, Buenos Aires 1,12, Japan 1,23.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,89 Zł., do. kl. Scheine 8,87 Zł., 1 Pfd. Sterling 30,51 Zł., 100 Schweizer Franken 171,52 Zł., 100 franz. Franken 34,83½ Zł., 100 deutsche Mark 210,00 Zł., 100 Danziger Gulden 172,92 Zł., tschech. Krone —.— Zł., österr. Schilling —.— Zł.

Produktenmarkt.

Warschau, 12. Oktober. Getreide, Mehl und Futtermittel-Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. Parität Waggon Warschau: Roggen 16,00—16,25, Einheitsweizen 25,50 bis 26,00, Sammelweizen 24,50—25,00, Einheitshafer 17,00 bis 17,50, Sammelhafer 16,50—17,00, Grützgerste 16,00—16,50, Braugerste 18,00—19,00, Speisefelderbsen 24,00—26,00, Viktoriaerbsen 26,00—29,00, Winterraps 45,00—47,00, Rotklee ohne dicke Flachsseide 110,00—130,00, Rotklee ohne Flachsseide bis 97% gereinigt 130,00 bis 145,00, roher Weißklee 120,00—160,00, roher Weißklee bis 97% gereinigt 160,00—210,00, Luxus-Weizenmehl 45,00—50,00, Weizenmehl 4/0 40,00—45,00, Roggenmehl I 27,00—29,00, Roggenmehl II 21,00 bis 23,00, Roggenmehl III 22,00—24,00, grobe Weizenkleie 10,50—11,00, mittlere 10,00—10,50, Roggenkleie 8,50—9,00, Leinkuchen 19,00—20,00, Rapskuchen 16,00—16,50, Sonnenblumenkuchen 17,00—17,50, doppelt gereinigte Seradella —,—, blaue Lupinen —,—, gelbe —,—, Peluschken 18,00—19,00, Wicke —,—.

Umsätze 1046½ to, davon 195 to Roggen. Tendenz: ruhig.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 12. Oktober. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Złoty:

Transaktionspreise:

Roggen 15 to 15.40

Richtpreise:

Weizen, neu	23.00—24.00	Sommerwicke	—.—
Roggen, neu	15.00—15.30	Blaue Lupinen	—.—
Mahlgerste 64—66 kg	14.50—15.00	Gelbe Lupinen	—.—
Mahlgerste 68 kg	15.00—15.75	Raps	37.00—38.00
Braugerste	17.50—19.00	Fabrikkartoffeln pro Kilo %	—.—
Hafer, neu	14.50—14.75	Senf	39.00—45.00
Roggenmehl (65%)	23.00—24.00	Blauer Mohn	85.00—95.00
Weizenmehl (65%)	36.50—38.50	Roggenstroh, lose	2.75—3.00
Weizenkleie	9.00—10.00	Roggenstroh, gepr.	3.25—3.50
Weizenkleie (grob)	10.00—11.00	Heu, lose	5.00—5.25
Roggenkleie	8.75—9.00	Heu, gepreßt	5.50—6.00
Winterrübsen	35.00—40.00	Netzeheu, lose	5.25—6.00
Peluschken	—.—	Netzeheu, gepr.	6.25—6.75
Felderbsen	—.—	Sonnenblumenkuchen 46—48%	—.—
Viktoriaerbsen	21.00—24.00		
Folgererbsen	33.00—36.00		

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 455 to, Weizen 156 to, Gerste 85 to, Hafer 30 to, Roggenkleie 15 to, Viktoriaerbsen 80 to, Fabrikkartoffeln 150 to.

Danziger Getreidebörse vom 12. Oktober. (Nichtamtlich.) Weizen, 128 Pfd. 15,00, 124 Pfd., rot und bunt 14,25, Roggen 9,60—9,80, Braugerste 10,50—11,00, Futtergerste 9,50—10,00, Hafer 8,75—9,25, Viktoriaerbsen 14,00—16,75, grüne Erbsen 19,00—25,25, Roggenkleie 6,00, Weizenkleie 6,50 G. per 100 kg frei Danzig.

Die Marktlage ist unverändert bis auf Mohn und Senf. Diese Artikel liegen sehr fest.

Oktober-Lieferung.

Weizenmehl, alt 25,50 G., 60% Roggenmehl 17,25 G. per 100 kg, bessere Mehlmarken darüber.

Viehmarkt.

Danziger Schlachtviehmarkt. Amtl. Bericht vom 12. Oktober. Preise für 50 Kilogramm Lebendgewicht in Danziger Gulden.

Man zahlte für 1 Pfd. Lebendgewicht in Goldpfennigen:

Ochsen: Gemästete höchsten Schlachtwertes, jüngere —,—, ältere —,—, sonstige vollfleischige, jüngere —,—, fleischige —,—. Bullen: jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts 25—26, sonstige vollfleischige oder ausgemästete 22—24, fleischige 19—20. Kühe: Jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts 24—26, sonstige vollfleischige oder ausgemästete 20—22, fleischige 15—18, gering genährte bis 8—10. Färsen (Kalbinnen): Vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerts 28—29, vollfleischige 23—25, fleischige 18—20. Fresser: mäßig genährtes Jungvieh 12—15. Kälber: Doppellender bester Mast —, beste Mast- und Saugkälber 48—53, mittlere Mast- u. Saugkälber 35—40, geringe Kälber 10—15. Schafe: Mastlämmer und junge Masthammel, Weide- und Stallmast —, mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel und gut genährte Schafe —,—, fleischiges Schafvieh —,—, gering genährtes Schafvieh —,—. Schweine: Fettschweine über 300 Pfd. Lebendgew. 44—45, vollfleisch. Schweine von ca. 240—300 Pfd. Lebendgew. 42—43, vollfleischige Schweine von ca. 200—240 Pfd. Lebendgewicht 40—41, vollfleischige Schweine von ca. 160—200 Pfd. Lebendgewicht 36—38, fleisch. Schweine von ca. 120—160 Pfd. Lebendgewicht —,—, fleisch. Schweine unter 120 Pfd. Lebendgewicht —,—. Sauen 32—34.

Bacon-Schweine 28—29.

Auftrieb: 6 Ochsen, 88 Bullen, 138 Kühe; zusammen 232 Rinder, 104 Kälber, 253 Schafe, 2346 Schweine.

Bemerkungen: Die notierten Preise sind Schlachthofpreise. Sie enthalten sämtliche Unkosten des Handels einschl. Gewichtsverluste.

Thorn, 12. Oktober. Die Fleischergenossenschaft gibt folgende Notierungen für Felle zur Kenntnis (in Pfund und Złoty): Gesalzene Rinderfelle 0,50—0,54, Original-Rinderfelle 0,53—0,54, gesalzene Hammelfelle 0,47, trockene Hammelfelle 0,70, trockene Ziegenfelle pro Stück 2,70, gesalzene und trockene Pferdehäute 13,00, Kalbfelle bis zu 7,5 Pfund 4,10—4,40, bis zu 8 Pfund 5,60—7,20, trockene Kalbfelle 2,80.